

AKTIV.IST.IN

FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE



NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO

MÄRZ 2026

AUFKLÄRUNG

über sexuelle und
reproduktive
Gesundheit in Afrika

MASSAKER IM IRAN

Repression, Folter,
Verhaftungen,
Einschüchterungen

SETZ DICH EIN

für Ruth López /
El Salvador
Zhang Yadi / China

NETZWERK FRAUENRECHTE



AMNESTY
INTERNATIONAL





E-MAIL
frauenrechte@amnesty.at

INSTAGRAM
amnesty_frauenrechte

SPENDENKONTO
BIC: GIBAAWXXX
IBAN: AT14 2011 1000 0031 6326

lautend auf
AMNESTY INTERNATIONAL
ÖSTERREICH

Verwendungszweck:
NETZWERK FRAUENRECHTE

Spenden an Amnesty sind
steuerlich absetzbar.

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Heraus zum 8. März! Der internationale Frauentag entstand aus der Arbeiterinnenbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts im Kampf um das Frauenwahlrecht. Ein Thema, das sozialistische und bürgerliche Frauenbewegung verband. In Wien wurde bereits 1914 zum 8. März aufgerufen.

Wir stellen dazu die Initiativen *Frauenstreik* und *WIPFL* vor, die in den letzten Jahren mit mutigen und unkonventionellen Aktionen aufgezeigt hat, wie Feminismus gelebt werden kann. Auch das historische Portrait greift den Weltfrauentag auf. Myriam erinnert an Theresa Serber Malkiel, eine russische Immigrantin, die ihr Leben dem Kampf um bessere Bedingungen für Arbeiterinnen und Einwanderinnen widmete.

Zwei andere Themen stehen immer wieder auf unserer Tagesordnung: Die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und das brandaktuelle Kopftuchverbot. Dazu diskutieren Mohanad Suwaed und Christina Breil unter dem Titel „Emanzipation oder Ausgrenzung“ die Gefahr der Stigmatisierung und auch die mit einem Kopftuchverbot einhergehenden rechtlichen Probleme. Letztlich ist es auch eine Frage der gesellschaftlichen Spaltung.

Wir berichten über den Iran, wo nach den Massakern an Demonstrierenden im Jänner 2026 die iranischen Behörden mit massiver Repression gegen die Bevölkerung vorgehen. Amnesty International verlangt die Freilassung aller willkürlich Inhaftierten, wirksamen Schutz vor Folter sowie uneingeschränkter Zugang zu Rechtsbeistand und medizinischer Versorgung.

Auch äußern wir uns zu Arbeitsrechten: Große Modemarken profitieren von der systematischen Unterdrückung von Arbeitsrechten in Bangladesch, Indien, Pakistan und Sri Lanka. Mit Solidarität und einem klugen Einkaufsverhalten kann jede einzelne von uns etwas tun.

Schließlich stellen wir die Frage, was ein Jahr Trump für die Menschenrechte bedeutet und möchten *Afrique-Europe-Interact* eine Stimme geben. Die Aktivist*innen dieses Netzwerks erzählen die Geschichten von vier Frauen auf der Flucht vor Krieg und bitterer Armut. Lydia Pires gibt einen Einblick in das Netzwerk *THE RAINWORKERS*, das sich für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte einsetzt und mit lokalen Partner*innen in Afrika zusammenarbeitet.

*Einen aktiven Weltfrauentag wünscht Euch Dorothea,
Sprecherin des Netzwerks Frauenrechte*



INHALT



3 ERFOLGE Freigelassen & Gesetzesreform

4 IRAN Massaker, Repression und Folter nach Protesten

6 AFRIKA RAINWORKERS: Aufklärung auf Augenhöhe / Wissen als Chance

9 EL SALVADOR Freiheit für Ruth Lopez!

10 FRAUENTAG Jedes Jahr Frauenstreik / WILPF - Frauen für den Frieden

12 EUROPA Schwangerschaftsabbruch: Hart erkämpfte Erfolge in Gefahr

14 ÖSTERREICH Kopftuchverbot unter 14: Emanzipation oder Ausgrenzung?

16 ARBEITSRECHTE Ausbeutung für Mode

18 NORDAFRIKA Frauen auf der Flucht

20 USA Ein Jahr Trump: Aushöhlung der Menschenrechte

22 THERESA SERBER MALKIEL
Vorreiterin des Frauentages

24 BELARUS Zeugnisse inhaftierter Frauen

26 LYRIK für Amnesty

27 APPELLBRIEFE Bitte absenden!

31 CHINA Freiheit für Zhang Yadi!

32 AMNESTY Impressum

GUTE NACHRICHTEN

Erfolge beflügeln und motivieren, besonders in bedrohlichen Zeiten. Herzlichen Dank allen, die sich eingesetzt haben und Menschen in Gefahr unterstützen!

© Von der Familie zur Verfügung gestellt



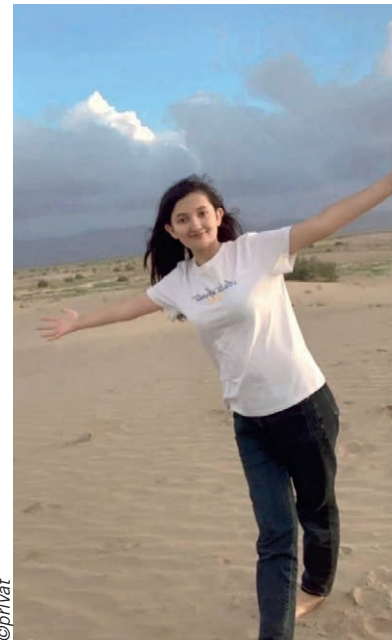
BELARUS: MARYIA KALESNIKAVA IST ENDLICH FREI! Nach über fünf Jahren schrecklicher Haftbedingungen in Belarus ist die Oppositionspolitikerin Maryia Kalesnikava endlich in Freiheit. Gemeinsam mit über hundert anderen politischen Gefangenen kam sie am 13.12.2025 nach einem Deal mit den USA frei, darunter viele prominente Menschenrechtsverteidiger*innen wie Nobelpreisträger Ales Bialiatski und Uladzimir Labkovich sowie Maksym Znak. Tatsiana Khomich, die Schwester von Maryia Kalesnikava sagt: "Maryia ist frei! Ihr Mut hat uns durch die dunkelsten Tage gebracht." Foto: Tatsiana Khomich vor einem Wandbild ihrer Schwester. Titelbild der letzten **AKTIV.IST.IN**.

FRANKREICH FÜHRT KONSENSBASIERTER REFORM DES SEXUALSTRAFRECHTS EIN. Frankreichs Nationalversammlung hat im Oktober 2025 für eine umfassende Reform des Sexualstrafrechts gestimmt. In Zukunft soll fehlende Zustimmung ausreichen, um eine Tat als Vergewaltigung einzustufen. Jede sexuelle Handlung ohne Zustimmung ist durch die Verabschiedung dieses Gesetzes strafbar. Der vom Senat verabschiedete Gesetzentwurf wurde am 23. Oktober in der französischen Nationalversammlung verabschiedet. Sechzehn Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben für eine Neudefinition von sexualisierter Gewalt gestimmt und in ihrer Gesetzgebung aufgenommen: Belgien, Kroatien,

Zypern, die Tschechische Republik, Dänemark, Finnland, Deutschland, Griechenland, Irland, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Polen, Slowenien, Spanien und Schweden.

CHINA: UIGURISCHE STUDENTIN FREIGELASSEN. Die uigurische Studentin Kamile Wayit wurde am 28. Dezember 2025 nach Verbüßung einer dreijährigen Haftstrafe freigelassen. Berichten zufolge ist sie wieder mit ihrer Familie vereint und befindet sich derzeit in guter Verfassung. Am 25. März 2023 wurde sie wegen „Förderung des Extremismus“ zu drei Jahren Haft verurteilt, nachdem sie auf WeChat ein Video über Proteste im November 2022 in China gepostet hatte. Die unverhältnismäßige Strafe gegen Kamile hing vermutlich zum Teil mit ihrer Identität als Uigurin zusammen. Seit 2017 begeht die chinesische Regierung unter dem Deckmantel einer Kampagne gegen „Terrorismus“ und „religiösen Extremismus“ weitreichende und systematische Menschenrechtsverletzungen gegen die in Xinjiang lebenden Muslim*innen.

TUNESIEN: SONIA DAHMANI AUS HAFT ENTLASSEN. Sonia Dahmani ist am 2. Dezember 2025 unter Auflagen aus der willkürlichen Haft entlassen worden. Sonia Dahmani ist eine tunesische Anwältin und bekannte Medienpersönlichkeit, die häufig in Radio- und Fernsehsendungen auftritt. Gegen sie wird in fünf separaten Strafverfahren wegen Kritik an den Behörden in öffentlichen Äußerungen ermittelt. Sie war seit Mai 2024 willkürlich in Haft. Unser gemeinsamer Einsatz hat etwas bewegt. Jetzt kommt es darauf an, dranzubleiben – denn die tunesischen Behörden halten weiterhin an den Anklagen gegen die Anwältin fest und üben Druck auf sie aus.



© privat



© Amnesty International / privat

REPRESSION, FOLTER UND EINSCHÜCHTERUNG NACH PROTESTEN

Nach den Massakern an Demonstrierenden vom 8. und 9. Jänner 2026 gehen die iranischen Behörden mit massiver Repression gegen die Bevölkerung vor. Amnesty International dokumentiert willkürliche Massenverhaftungen und Verschleppungen.

Die iranischen Behörden setzen ihr brutales Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung unvermindert fort. Amnesty International hat willkürliche Massenfestnahmen, das Verschwindenlassen von Personen sowie die systematische Einschüchterung von Angehörigen dokumentiert.

Seit Wochen wird die iranische Zivilgesellschaft mit beispielloser Härte unterdrückt. Auch nach den Massakern an Demonstrierenden vom 8. und 9. Jänner 2026 reißt die Gewaltwelle nicht ab.

Die iranischen Behörden haben das Internet abgeschaltet, nächtliche Ausgangssperren verhängt und jegliche Versammlungen untersagt. Zehntausende Menschen – darunter auch Kinder – wurden willkürlich festgenommen, gefoltert oder sind spurlos verschwunden. Sicherheitskräfte hinderten Verletzte mehrfach daran, ärztliche Hilfe zu erhalten, oder verhafteten sie direkt in den Krankenhäusern.

DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT MUSS JETZT HANDELN. „Die Behörden isolieren gezielt mehr als 90 Millionen Menschen vom Rest der Welt, um ihre Verbrechen zu vertuschen“, erklärt Diana Eltahawy, stellvertretende Regionaldirektorin für den Nahen Osten und Nordafrika bei Amnesty International. „Die internationale Gemeinschaft darf nicht zulassen, dass ein weiteres Kapitel massiver Gräueltaten in Iran ohne Konsequenzen bleibt.“

Amnesty fordert umgehend internationale Ermittlungen und die Strafverfolgung der Verantwortlichen, um die Spirale aus Blutvergießen und Straflosigkeit zu durchbrechen. Während der iranische Nationale Sicherheitsrat offiziell 3.117 Tote einräumt, geht die UN-Sonderberichterstatterin für den Iran,

Mai Sato, von mindestens 5.000 Todesopfern aus (Stand Ende Jänner). Womöglich sind es sogar bis zu 20.000 Todesopfer. Die unter anderem von Deutschland einberufene Sondersitzung des UN-Menschenrechtsrats vom 23. Januar 2026, in der die Mandate der UN-Untersuchungsmission für Iran und der UN-Sonderberichterstatterin für Iran jeweils verlängert wurden, unterstreicht, wie dringend eine unabhängige internationale Untersuchung benötigt wird.

„Die iranischen Behörden setzen ihre brutale Repressionswelle gegen die eigene Bevölkerung fort: Tausende werden willkürlich verhaftet, verschleppt, ihre Familien massiv eingeschüchert und bedroht. Diese systematische Gewalt ist kein Zufall – sie ist Methode eines Systems, das auf Angst und Straflosigkeit baut. Wir brauchen eine unabhängige internationale Untersuchung, die den Weg zur Rechenschaft ebnet. Die Welt darf nicht länger wegschauen, während die iranischen Behörden ungestraft morden“, sagt Shoura Zehetner-Hashemi, Geschäftsführerin von Amnesty Österreich.

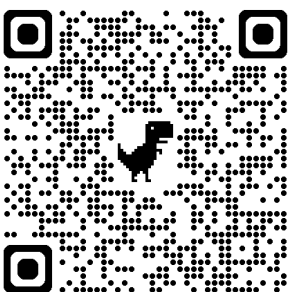
SYSTEMATISCHE GEWALT UND REPRESSION. Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen in Iran ist erschütternd. Es übersteigt alles, was Amnesty während der letzten Jahre mit Blick auf Iran dokumentiert hat. Amnesty International konnte folgende Repressionsmaßnahmen verifizieren:

◆ **Militarisierung des öffentlichen Raums:** Schwer bewaffnete Einheiten, Kontrollpunkte und Ausgangssperren sollen landesweit jeden Protest im Keim ersticken.

◆ **Willkürliche Massenverhaftungen:** Bei nächtlichen Razzien in Privatwohnungen, am Arbeitsplatz sowie an Straßensperren inhaftierten Sicherheitskräfte Zehntausende

SETZ DICH EIN!

Fordere ein Ende der Gewalt gegen Protestierende im Iran. Unterschreibe die Petition auf [amnesty.at](https://www.amnesty.at)





– darunter Kinder, Studierende und Journalist*innen.

◆ **Folter und sexualisierte Gewalt:** In Gefängnissen und inoffiziellen Haftanstalten sind Inhaftierte – auch Minderjährige – Schlägen, Elektroschocks, Schein-Hinrichtungen und sexualisierter Gewalt ausgesetzt.

◆ **Verschwindenlassen:** Justiz und Sicherheitsdienste verweigern Angehörigen und Anwalt*innen konsequent jede Auskunft über Verbleib und Schicksal der Festgenommenen.

◆ **Erpressung von Hinterbliebenen:** Behörden fordern von Familien hohe Geldsummen für die Herausgabe der Leichname. Oft wird die Rückgabe an die Bedingung geknüpft, schriftlich zu bestätigen, dass die Toten Mitglieder der Basidsch-Bataillone des Korps der Islamischen Revolutionsgarden waren, die von „Terrorist*innen“ getötet wurden.

◆ **Razzien in Krankenhäusern:** Einsatzkräfte verschleppten Verletzte direkt aus medizinischen Einrichtungen und drohten dem medizinischen Personal unter anderem mit Strafverfolgung, sollten sie Protestierende behandeln.

◆ **Insenzierte Geständnisse:** Das Staatsfernsehen strahlt unter Zwang entstandene Propagandavideos aus. Darin müssen Gefangene und sogar trauernde Angehörige vorgefertigte Texte verlesen, um die Sicherheitskräfte von jeder Schuld freizusprechen.

VERTUSCHUNG UM JEDEN PREIS. Die seit dem 8. Jänner 2026 geltende Informationssperre erschwert die lückenlose Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen erheblich. Dennoch gelang es Amnesty, Beweise für die weit verbreitete Gewalt zusammenzutragen – durch Berichte von Augenzug*innen, Quellen im Ausland und Analyse von Video-

material. Amnesty International liegen Informationen über eine Frau vor, die während der Proteste in der Provinz Teheran angeschossen wurde und daraufhin starb. Die Behörden setzten die Familie massiv unter Druck. Ein Verwandter schilderte die Situation in einer Nachricht: „Sie [die Behörden] haben hier Gräueltaten begangen. Sicherheitskräfte schossen [...] und sie verblutete, weil sie keine medizinische Versorgung erhielt... Wenn jemand getötet wird, übergeben sie den Leichnam nicht einfach der Familie. Wenn die Familie den Leichnam haben will, soll sie schreiben, dass die Person von den Basidsch war und von Protestierenden getötet wurde.“

FORDERUNGEN VON AMNESTY. Amnesty International verlangt die Freilassung aller willkürlich Inhaftierten, wirksamen Schutz vor Folter sowie uneingeschränkter Zugang zu Rechtsbeistand und medizinischer Versorgung für alle, die sich noch in Haft befinden sowie Informationen zu Schicksal und Verbleib aller Personen, die Opfer von Verschwindenlassen geworden sind. Die Drangsalierung der Familien der Opfer muss ebenfalls unverzüglich enden.



NARGES MOHAMMADI ERNEUT VERHAFTET

Am 12. Dezember 2025 wurde die Friedensnobelpreisträgerin Narges Mohammadi bei einer Gedenkveranstaltung gewaltsam festgenommen, nachdem sie dort eine Rede gehalten hatte. Sie befindet sich seither in Haft. Laut Augenzeugenberichten wurden weitere Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen wie Alieh Motalebzadeh, Sepideh Gholian, Hasti Amiri und Pouran Nazemi ebenfalls verhaftet. Nach Angaben ihrer Familie und der Narges-Stiftung griffen rund 15 Zivilbeamte sie bei der Zeremonie an, zogen sie an den Haaren und schlugen sie mit Schlagstöcken und Knüppeln gegen Kopf und Nacken, bevor sie abgeführt wurde. Das norwegische Nobelkomitee zeigte sich über die „brutale Festnahme“ tief besorgt und forderte wie Amnesty International ihre sofortige und bedingungslose Freilassung.

RAINWORKERS LASSEN WISSEN REGNEN, DAMIT FRAUEN WACHSEN

THE RAIN WORKERS bilden Expert*innen in afrikanischen Ländern aus, die in ihren Communities in lokalen Sprachen sexualpädagogische Aufklärung betreiben.

Für diesen Artikel hat Lydia Ramos Pires vom Netzwerk Frauenrechte ein Gespräch mit der Sozialanthropologin Dr. Ines Kohl geführt, die seit 2022 Geschäftsführerin von THE RAIN WORKERS ist.

Die Bildungs-NGO THE RAIN WORKERS, Netzwerk für sexuelle und reproduktive Gesundheit, setzt sich für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR) ein. Unter dem Motto *Let women rise!* arbeitet sie mit lokalen Partner*innen in Ostafrika, aber auch in West- sowie dem südlichen Afrika zusammen. Die Organisation hat in eigens konzipierten Schulungen seit 2009 bereits über 1.000 Multiplikator*innen ausgebildet, die sogenannten RAIN WORKERS, die „Wissen regnen lassen“. Diese bringen anschließend das Wissen über SRGRs zielgruppenangepasst in die Communities, wo sie beispielsweise in Schulen, Gesundheitszentren oder bei sogenannten TREETINGS (meeting under a tree) niedrigschwellige sexualpädagogische Workshops abhalten.

1989 wurde die NGO unter dem Namen *Aktion Regen* von der Gynäkologin Maria Hengstberger gegründet. Damals wie heute bildet Wissen die Grundlage, um selbstbestimmte Entscheidungen treffen zu können. Die nachhaltige Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit den Partner*innen vor Ort ist dabei besonders wichtig.

Der Ansatz von THE RAIN WORKERS ist es, über Wissensvermittlung langfristig nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Orientiert an der vom deutschen Analyse- und Beratungshaus Phineo entwickelten Wirkungstreppe bildet die Ausbildung der RAIN WORKERS sowie deren Outreacharbeit die Grundlage für Wissenszuwachs. Darauf aufbauend können Einstellungsänderungen und anschließend Verhaltensänderungen stattfinden.

TOGETHER WE END FGM. Mit manchen Partnerorganisationen, besonders in Kenia, Tansania und Niger, arbeiten RAIN WORKERS auch

langfristig zu weiteren verwandten Themen zusammen. Dazu gehören z.B. das Reduzieren von Teenagerschwangerschaften, das Verhindern von Kinderehen und Gender-Based Violence (GBV) sowie die Beendigung von FGM/C (Female Genital Mutilation/Cutting, auf deutsch Weibliche Genitalverstümmelung/-beschneidung). Gerade im Kontext von FGM/C sieht Ines Kohl die Notwendigkeit, stärker auf einen holistischen Fokus zu setzen und das Thema eingebettet in den gesundheitlichen, gesellschaftlichen und sozio-politischen Kontext zu betrachten. Seit 2024 arbeitet THE RAIN WORKERS zusammen mit *Zinduka e.V.* und lokalen Organisationen in Kenia an dem dreijährigen Projekt *#TogetherWeEndFGM*, das von der deutschen *Stiftung Mensch und Tier* gefördert wird. Dabei liegt der Fokus in der Ausbildung der RAIN WORKERS noch mehr auf der Prävention von FGM/C.

PRAXIS UND FORSCHUNG. Ines Kohl betont die gute Zusammenarbeit zwischen Praxis und Forschung in Kenia, wo die Base Line für das Projekt *#TogetherWeEndFGM* mit einem Team der Nairobi University erhoben wurde. Die Daten seien auch deshalb so wichtig, weil die Prävalenz von FGM/C sich auch innerhalb eines Countys bei unterschiedlichen ethnischen Gruppen stark unterscheiden kann. Auch Trends wie die Medikalisierung oder eine Verschiebung des Alters bei FGM/C können durch solche Studien beobachtet werden.

Ines Kohl war viele Jahre selbst in der Forschung tätig, und während es finanziell leider nicht möglich ist, alle Projekte dauerhaft wissenschaftlich begleiten zu lassen, finden regelmäßig Projektevaluierungen anhand von Fragebögen statt.



THE RAIN WORKERS

Netzwerk für sexuelle und reproduktive Gesundheit

Weitere Informationen zu den Projekten, die Teaching Tools, sowie die Jahres- und Finanzberichte der letzten Jahre finden sich auf der Website therainworkers.org.



Workshop in Uganda

Unterrichtsmaterial zum Begreifen: Little Mom, Gebärmutter aus Stoff und Zyklusette, die fruchtbare und unfruchtbare Tage markiert, entwickelt von der Gynäkologin und Gründerin der NGO, Maria Hengstberger.

© THE RAINWORKERS

DIE KUNST TÜREN ZU ÖFFNEN. Die Tabuisierung von Themen wie Verhütung, Masturbation oder FGM/C kann die Arbeit der RAIN WORKERS erheblich erschweren. Der Fokus auf das Thema Gesundheit wirkt dabei als Türöffner und hilft auch Menschen zu erreichen, die von Begriffen wie sexuellen und reproduktiven Rechten abgeschreckt würden.

Auch religiöser Druck und gesetzliche Vorgaben wie die voranschreitende Beschneidung sexueller Rechte, besonders in Ostafrika, erfordern ein sensibles Vorgehen der NGO. So wurde etwa 2024 das Logo von einem Regenbogen zu Wassertropfen geändert, um die Arbeitsgrundlage der NGO zu erhalten und die Partner*innen vor Ort zu schützen. Eine „Gratwanderung“ nennt Ines Kohl den Umgang mit solchen Umständen. Während Menschen-, Frauen- und Kinderrechte die Grundlage der Arbeit der RAIN WORKERS bilden und diese dazu ausgebildet werden, werden die Begriffe in den Workshops oft bewusst vermieden. Denn Menschenrechte werden teilweise als Konzept aus dem globalen Norden wahrgenommen. So ist es auch im Zusammenhang mit FGM/C zielführender über gesundheitliche Schäden, soziale Konsequenzen und Armut zu sprechen als mit einem moralisierenden Ansatz.

TEACHING TOOLS. Um Wissen anschaulich zu vermitteln, nutzen die RAIN WORKERS eigene entwickelte Teaching Tools. Dazu gehört eine Zyklusette, an deren farbcodierten Perlen man die einzelnen Phasen des weiblichen Zyklus verfolgen und erkennen kann, dass die Wahrscheinlichkeit für eine Schwangerschaft nicht dauerhaft gleich hoch ist. Seit neustem gibt es das Modell auch in klein als



Armband. Weiter gibt es einen Uterus sowie eine Vulva mit Klitoris als Stoffmodelle. Besonders hilfreich und unverfänglich ist auch ein Handschuh, der auffordert im Rahmen der Lebens- beziehungsweise Familienplanung innezuhalten und zu überlegen, ob die Rahmenbedingungen in den folgenden Punkten passen: Frieden, Gesundheit, Bildung, Essen/Wasser und Liebe. Die große Stärke der Teaching Tools liegt laut Ines Kohl darin, auch Leute, die zunächst skeptisch sind, neugierig zu machen und so die Tür für sensible Themen wie Verhütung zu öffnen, ohne den Begriff überhaupt erwähnen zu müssen. Ines Kohl betont, wie wichtig es ist, dass durch den Fokus auf die Grundbedürfnisse des Menschen auch Männer ins Boot geholt werden können, denn: „Das sehen wir generell. Männer glauben oft, Frauenrechte gehen sie nichts an. Hier wie dort.“ >>>

UND HIER? THE RAIN WORKERS engagiert sich auch vermehrt in Österreich für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Bildung, etwa durch Netzwerkarbeit, Veranstaltungen und Medienarbeit. Ganz im Einklang mit dem Anspruch, dass Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe stattfinden muss, sieht Ines Kohl großes Potential darin Wissen und Strategien aus dem globalen Süden auch in Österreich anzuwenden. Besonders an niedrigschwelligen Angeboten im Bereich der sexuellen Bildung fehle es in Österreich bisher. Teaching Tools der NGO, wie die Modelle von Uterus und Vulva/Klitoris werden bereits heute von manchen Sexualpäda-

gog*innen und Biologielehrkräften in Österreich genutzt.

Wie andere gemeinnützige Organisationen ist auch THE RAIN WORKERS auf Spenden, öffentliche Förderung und die Unterstützung durch Stiftungen angewiesen. Ines Kohl kritisiert, dass die Verantwortung zur Finanzierung sozialer Projekte auf Individuen geschoben wird, anstatt von staatlicher Seite gesichert zu werden.

Und einen großen Wunsch hat Ines Kohl zum Ende des Gespräches noch geäußert: „Das Ende des Patriarchats, dass das jetzt bitte vielleicht mal kommt. Das würde ich mir wünschen.“

MARIA HENGSTBERGER: WISSEN ALS CHANCE

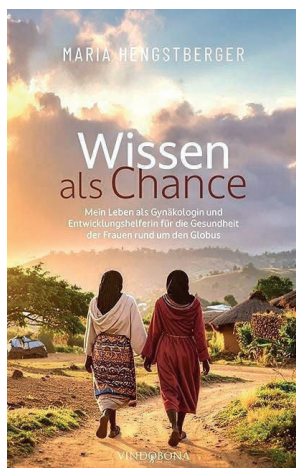


© privat

Prof. Dr. Maria Hengstberger

Biographie: Wissen als Chance. Mein Leben als Gynäkologin und Entwicklungshelferin für die Gesundheit der Frauen rund um den Globus.

2025 Vindobona Verlag



Als Gynäkologin in Wien leitete Maria Hengstberger eine Lehrpraxis, entwickelte medizinisch patentierte Verbesserungen beim PAP-Abstrich und bei laparoskopischen Eingriffen. Sie bildete als Pionierin blinde Frauen für Brustkrebsuntersuchungen aus und unterhielt eine Lehrpraxis.

1989 von Karl Heinz Böhm und seiner Initiative *Menschen für Menschen* nach Äthiopien eingeladen, erkannte Maria Hengstberger schnell das größte Problem der Frauen in der Region - die hohen Geburtenzahlen. Die vielen Geburten bedrohten nicht nur die Gesundheit und Selbstbestimmung der Frauen, sie brachten den Familien auch bittere Armut. Da westliche Methoden der Geburtenkontrolle in Ländern des Globalen Südens nicht funktionierten oder verfügbar waren, erfand sie als Hilfsmittel die Zykluslette zum Begreifen der fruchtbaren und unfruchtbaren Tage. Sie gründete die *Aktion Regen* und bildete die ersten Healthworker aus - nicht Entwicklungshilfe von oben, sondern eigenständiges Wissen, Aufklärung und Handeln sollten nachhaltige Verbesserungen bringen.

VON AFRIKA NACH MEXIKO UND SIBIRIEN. Einladungen von NGOs und Bekannten führten sie im Lauf der Jahre auf alle Kontinente. Die tatkräftige und kreative Medizinerin gründete eine Seminarklinik in Indien, eine weitere in den Slums von Mexiko City, Gesundheitsstationen in Rurenge/Ruanda und im Armenviertel Los Ladinos in Managua/Nicaragua. Für ihre Aktion „Wärme für Sibirien“ wurden

über drei Winter 860 Tonnen warme Winterbekleidung und Schuhe für 26 sibirische Städte in der Altai-Region gespendet.

Die Biographie dieser visionären Frau berichtet von erschütternden Erfahrungen und Erlebnissen. Wenn sie von verhungerten Kindern erzählt, von Frauen, die wegen eines Gebärmuttervorfalls oder einer Steißblage des Embryos dem Tod geweiht sind, von entsetzlichen Dürren und dem Mangel an grundlegender medizinischer Ausstattung und Versorgung.

Gleichzeitig ist das Buch ein Dokument enormer Tatkraft und Zuversicht. Denn „Sehen, denken, handeln“ ist Maria Hengstbergers Lebensmotto.

BIETE WISSEN GEGEN SPENDE. Kreativ und äußerst erfolgreich ging sie daran, Spenden für ihre Projekte zu aufzutreiben. „Biete Wissen gegen Spende“ war die Devise. Mehr als 500 ehrenamtliche Vorträge für Frauen in ländlichen Gebieten in Niederösterreich zur Aufklärung über alltägliche gynäkologische Themen und Tätigkeiten der Entwicklungszusammenarbeit der *Aktion Regen* halfen, die NGO zu finanzieren.

2021 übergab Maria Hengstberger 80-jährig die Leitung der RAINWORKERS an Ines Kohl. Untätig wurde sie auch danach nicht. Ihr altruistisches und soziales Engagement lässt keinen Ruhestand zu.

Heute lebt sie mit ihrem Mann - der sie bei all ihren Projekten tatkräftig unterstützte - und zwei Hunden in der Nähe von St. Pölten.

FREIHEIT FÜR RUTH LÓPEZ!

Ruth Eleonora López Alfaro ist Anwältin und Menschenrechtsverteidigerin. Sie ist für ihren Kampf gegen Korruption bekannt. Seit Mai 2025 ist sie deswegen in Haft.



© CRISTOSAL

Ruth López war in den letzten Jahren eine zentrale Figur in der Verteidigung der Menschenrechte in El Salvador. Als Leiterin der Anti-Korruptions-Einheit der Menschenrechtsorganisation *Cristosal* hat sie öffentlich rückschrittliche Gesetzesreformen, Verstöße gegen den Grundsatz eines ordnungsgemäßen Verfahrens und mutmaßliche Korruptionshandlungen von Beamten der Regierung von Präsident Bukele angeprangert. Von ihrer Position bei *Cristosal* aus leitete Ruth López eine Reihe von Ermittlungen, die zu mindestens 15 formellen Korruptionsanzeigen gegen die derzeitige Regierung führten. Dazu gehörten Vorwürfe des Missbrauchs öffentlicher Gelder für die unrechtmäßige Überwachung von Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen sowie Anzeichen von Korruption bei der Vergabe öffentlicher Aufträge während der Covid-19-Pandemie.

KONSTRUIERTE VERDÄCHTIGUNGEN. Am 18. Mai 2025 wurde Ruth López spät abends in ihrem Haus in San Salvador von Beamten der Nationalen Zivilpolizei aufgrund eines Haftbefehles der Generalstaatsanwaltschaft festgenommen. Die Vorwürfe lauteten zunächst auf Geldwäsche, danach auf illegitime Bereicherung bzw. Veruntreuung im Rahmen ihrer Tätigkeit als Beraterin des Obersten Wahlgerichts der Regierung im Jahr 2016, ohne dass Beweise für die eine oder andere Anklage vorgelegt wurden. Nach ihrer Festnahme wurde Ruth López mehr als 40 Stunden ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten, während ihrer Familie und ihrem Anwaltsteam ihr Aufenthaltsort unbekannt war. Diese Situation wurde von *Cristosal* als kurzfristiges Verschwindenlassen angeprangert, insbesondere mangelnde

Transparenz und Verletzung von Verfahrensgarantien.

Sie befand sich in vorläufiger Haft in der Transitabteilung der Nationalen Zivilpolizei in San Salvador. Nach 15 Tagen reichte die Generalstaatsanwaltschaft Anklage ein und eine gerichtliche Anhörung wurde kurzfristig anberaumt. Diese fand am 4. Juni 2025 unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

FORDERUNG NACH FAIREM PROZESS. Ruth López nutzte die Zeit vor und nach der Anhörung, um öffentlich ihre Forderung nach einem fairen Prozess mitzuteilen.

Am 5. Juni 2025 ordnete der Richter eine sechsmonatige Untersuchungshaft an, während die Ermittlungen fortgesetzt werden sollen. Ihre Anwälte legten Berufung ein, doch die Berufungskammer wies den Antrag zurück und bestätigte die Haftmaßnahme. Unabhängig davon hat die Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs eine Habeas-Corpus-Klage wegen Verfahrensverzögerungen und Verstößen gegen den Grundsatz eines ordnungsgemäßen Verfahrens zugelassen; eine Entscheidung über diese Klage steht noch aus.

Am 4. Juli 2025 wurde Ruth López ohne vorherige Information aus dem Polizeigewahrsam in die Haftanstalt Izalco verlegt, obwohl es eine richterliche Anordnung gab, sie aus medizinischen Gründen in der Polizeistation zu behalten.

Weder Familie noch Rechtsanwälte waren informiert worden.

Die Menschenrechtsorganisation *Cristosal*, bei der Ruth López arbeitet, sah sich im Juli aufgrund von massiver Bedrohung ihrer Mitarbeitenden gezwungen, das Büro in El Salvador zu schließen und nach Honduras zu gehen

SETZ DICH EIN!

Bitte schick den Appellbrief möglichst bald ab.



JEDES JAHR FRAUENSTREIK

Wir stellen vor - die junge Initiative FRAUENSTREIK und WILPF, Women's International League for Peace and Freedom

Seit wann gibt es FRAUENSTREIK und was sind Eure Ziele?

Am 24.10.2025 fand in Anlehnung an den großen isländischen Frauenstreik, der sich an diesem Tag zum 50. Mal jährte, der erste FRAUEN*Streik dieser Art vor dem Parlament in Wien statt. Innerhalb von nur zwei Monaten stampfte eine kleine, jedoch sukzessive immer größer werdende Gruppe diesen Streik aus dem Boden. Entstanden ist ein wunderschöner künstlerischer Protest im öffentlichen Raum mit etwa 2500 Teilnehmer:innen. Dieser FRAUEN*Streik war jedoch erst der Anfang! Von jetzt ab streiken wir am 24.10. eines jeden Jahres, solange bis all unsere Forderungen zur Gänze erfüllt sind. Unsere Forderungen liegen zum Teil seit über 100 Jahren unerfüllt am Tisch. Seither redet sich Generation um Generation feministischer Frauen unermüdlich den Mund fusselig, ohne dass sich viel verändert. Wir finden nun: es reicht! Es ist genug! Wir wollen nicht mehr länger warten! Der lange Bart von „gleiche Arbeit! gleicher Lohn!“ ist ein Hohn!

Wir müssen nun wohl andere, härtere, wildere Maßnahmen ergreifen. Daher streiken wir von nun an jährlich, kontinuierlich, in einem gewaltigen Crescendo aufsteigend, bis, wenn es denn sein muß, die gesamte Gesellschaft lahmgelegt wird.

Was war 2025 das Beste? Was habt ihr Euch 2026 vorgenommen?

Das Schönste am ersten FRAUEN*Streik in dieser Konstellation und unter diesen Fahnen war natürlich der Streik selbst, die Stunden, die wir gemeinsam vor dem Parlament verbrachten und die Stimmung, die dort entstanden ist. Es war schön, inspirierend, humorvoll, lustig, ernst, rebellisch und kämpferisch. Alle, die da waren konnten es spüren, keine blieb unberührt. Das Gemeinsame, das Zusammensein hatte eine bestärkende Wirkung und eine große Kraft. So kam auch der Wunsch auf, es zu wiederholen und weiterzumachen, größer zu werden und sich sowohl österreichweit als auch international zusammen zu schließen. Derzeit sind mehrere Prozesse am Laufen: ein österreichweites FRAUEN*Streiken, das für den 3.5.2027 geplant ist, und bei dem alle Aktivistinnen und Feministinnen herzlich eingeladen sind, sich zu beteiligen. Am 20.4.2026 soll es die erste große Versammlung aller beteiligten Personen und Organisationen geben. Bei Interesse meldet euch gerne bei der Komplizin.

Was plant ihr zum 8. und 9. März?

Dieses und alle folgenden Jahre wird es nicht mehr nur am 8. März den weltweiten Frauen* Kampftag geben, sondern auch am 9.3.2026 den ersten globalen Frauenstreik ENOUGH! und auch dieser soll ab jetzt jedes Jahr wiederholt werden und immer größer, dichter und mächtiger werden, bis ganze Städte, Länder und Kontinente kurzfristig lahmgelegt werden, weil die Leistungsträgerinnen dieser Welt kollektiv ihre Arbeit niederlegen. Dann werden ja wohl endlich alle merken, was die sichtbaren, aber auch die unsichtbaren Beiträge der Frauen* zu unseren Gesellschaften sind, und was davon alles abhängig ist. Initiiert und organisiert wird dieser globale Frauenstreik von ENOUGH! und auch hier sind alle Feministinnen und Feministen eingeladen, sich zu beteiligen! Seid willkommen!! Streikt mit uns gemeinsam!! Lassen wir die patriarchalen Strukturen wackeln, erschüttern wir das längst obsolet gewordene Patriarchat so lange, bis es endlich mit lautem Krachen zusammenbricht.

Wie kann frau Euch unterstützen?

Frau kann uns finanziell, seelisch, körperlich >>>

WILPF - LIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT

Seit wann gibt es WILPF und was sind Eure Ziele?

Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) ist die älteste internationale Frauenfriedensorganisation, gegründet von über 1.100 Frauen und einigen Männern bei einem Antikriegs-Kongress in Den Haag im Jahr 1915. Durch Faschismus und Krieg wurde die österreichische Sektion zerstört, WILPF International konnte weiter bestehen. 2021 wurde WILPF in Österreich wieder aufgebaut. Wir sind sehr besorgt über die aktuellen geopolitischen Entwicklungen. Die Verhinderung und Beendigung von Kriegen und bewaffneten Konflikten, Abrüstung und die Herstellung von nachhaltigem Frieden und Freiheit, sowie die Stärkung von Frauenrechten und Klimaschutz gehören zu den zentralen Zielen von *WILPF Austria*. Patriarchale Strukturen fördern Ungleichheit und Krieg, darum braucht es feministische und intersektionale Ansätze in der Friedensarbeit, um die Ursachen zu bekämpfen.

Was war 2025 das Beste? Was habt Ihr Euch 2026 vorgenommen?

Unser Schwerpunkt des letzten Jahres war die Friedensbewegung zu stärken, in Form von zahlreichen Kooperationen zwischen friedensbewegten, feministischen und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen und Menschen in Wien und international. Von Podiumsdiskussionen, über Proteste bis zur Europäischen WILPF Konferenz konnten wertvolle Bündnisse geschaffen und Debatten geführt werden. Eine zentrale Frage lautet für uns: Was macht uns sicher? Wie stärken wir Alternativen zu Aufrüstung und einseitiger militärischer Sicherheitspolitik? In Zeiten globaler Unsicherheiten, patriarchalen Backlashes, dem Abbau erkämpfter antimilitaristischer Überzeugungen und feministischer Errungenschaften ist die Stärke sozialer Bewegungen unsere

und geistig oder mit den unterschiedlichsten Arbeitsleistungen jederzeit gerne unterstützen. Am besten gleich mal mit uns in direkten Kontakt treten und ein Mail an die komplizin@frauenstreik.at schreiben. Bring deine Ideen und Wünsche ein, sag, was du gerne machen möchtest und übernimm eine Aufgabe, die du liebst und gerne tust. Wir planen langsam und genüsslich die Streiks für die nächsten Jahre. Jeden 24. des Monats gibt es ein räumliches oder online Zusammentreffen der Frauen*Streiker:innen in ganz unterschiedlichen Konstellationen, bei dem du in die laufenden Prozesse einsteigen kannst. Auch da gilt: schreib ein Mail an die Komplizin, und du bekommst eine Einladung zum nächsten Treffen.

starsky, für den frauenstreik.at
Kontakt: komplizin@frauenstreik.at



Priorität. Gerade am historischen Frauentag möchten wir die Wichtigkeit einer breiten feministischen Friedensbewegung betonen. Dieses Jahr knüpfen wir an diese Beziehungen an und werden weiterhin gemeinsam laut sein. Sehr wichtig ist uns auch unsere Arbeit für die Rechte der Frauen und Menschen in Palästina, Iran, Afghanistan und anderen Regionen. Wir beteiligen uns auch an der internationalen Kampagne von WILPF zum Thema „Mehr Geld für Frieden und für Abrüstung – Move the Money from War to Peace“. Von der Bundesregierung fordern wir aktive Friedenspolitik statt Ausweitung des Wehrdienstes, 500 Millionen Euro für Friedensarbeit und eine Friedensministerium, damit endlich auch Kompetenz für aktive Friedenspolitik geschaffen wird, die derzeit fehlt.

Wie kann man Euch unterstützen?

Friedensarbeit lebt von Beteiligung, Vielfalt und gemeinsamer Aktion. Es gibt viele Möglichkeiten, sich einzubringen: Von der Organisation von Protesten über das Verfassen Offener Briefe und Stellungnahmen bis hin zur Unterstützung von Aktionsgruppen, wie zum Beispiel unserer AG „Women, Peace, Security“, die sich mit der Umsetzung der Resolution zu Frauen, Frieden und Sicherheit der Vereinten Nationen in Österreich beschäftigt. Diese Resolution verpflichtet Österreich, Frauenorganisationen in allen Bereichen und auf allen Ebenen einzubeziehen. Außerdem kann an der internationalen Kampagne „Move the Money from War to Peace“ mitgewirkt werden. Mitgliedschaften erlauben es uns zusätzlich, eine stärkere Stimme zu entwickeln, diverse Perspektiven zu vertreten und einen gewichtigen zivilgesellschaftlichen Gegenpol zur internationalen Militarisierung darzustellen. Ein guter Einstieg ist die wöchentliche Friedenswerkstatt, die jeden Donnerstag von 15 bis 18 Uhr (außer an Feiertagen und Ferientagen) stattfindet und für alle offen ist. Dort gibt es Raum für Austausch, Vernetzung, das Sammeln von Ideen – und vor allem für deren konkrete gemeinsame Umsetzung.

Kontakt und Info: info@wilpf.at

HART ERKÄMPFTE ERFOLGE IN GEFAHR



© Amnesty International Luxemburg

werden Abbrüche nicht als reguläre Gesundheitsleistung anerkannt – mit weitreichenden Folgen für den Zugang.

ANGST UND FALSCHINFORMATIONEN. Zunehmend finanzkräftige menschenrechtsfeindliche Gruppen setzen alles daran, die Politik und die Justiz dahingehend zu beeinflussen, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen stärker einzuschränken, oftmals durch die Verbreitung von Angst und Fehlinformationen.

„Es besteht die reale Gefahr, dass hart erkämpfte Erfolge bei reproduktiven Rechten durch eine Welle regressiver Politikmaßnahmen rückgängig gemacht werden könnten. Diese Maßnahmen werden von der Anti-Gender-Bewegung vorangetrieben und von populistischen politischen Akteur*innen propagiert, die sich autoritärer Praktiken bedienen“, warnt Monica Costa Riba, Expertin für Frauenrechte bei Amnesty International.

In vielen europäischen Ländern haben Gesetzesreformen in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen verbessert wurde. Jedoch nicht in allen. Nach wie vor bestehen – neben der fehlenden Entkriminalisierung in vielen Ländern – erhebliche Hindernisse: vorgeschriebene Wartezeiten, die Verweigerung der Versorgung aus Gewissensgründen des Gesundheitspersonals, unzureichender oder fehlender Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, hohe Kosten und gesellschaftliches Stigma erschweren Schwangeren die Ausübung ihrer reproduktiven Rechte.

Zu den Hürden zählen medizinisch nicht zu rechtfertigende Erfordernisse, die den Zugang verzögern, sowie die Möglichkeit für medizinisches Personal, den Eingriff aus Gewissensgründen abzulehnen. Weitere Faktoren sind das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen

Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, unnötige Wartezeiten, hohe Kosten und gesellschaftliches Stigma – dies sind nur einige der Hürden, denen schwangere Personen in Teilen Europas ausgesetzt sind. Der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen wird trotz hart erkämpfter Erfolge weiterhin auf gefährliche Art und Weise untergraben. Mindestens 20 europäische Länder verhängen strafrechtliche Sanktionen gegen Schwangere, die außerhalb des gesetzlichen Rahmens einen Abbruch vornehmen.

Die Regierungen der europäischen Länder müssen sich aktiv für den gleichberechtigten und flächendeckenden Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen einsetzen, da in vielen Ländern die bestehenden Hürden zunehmend verschärft werden. Dies fordert Amnesty International in dem Bericht *Wenn Rechte nicht für alle gelten: Der Kampf für den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in Europa*.

Auch für Österreich zeichnet der Report ein düsteres Bild: Der Zugang ist weiterhin von Hürden geprägt, die schwangere Frauen in ihrer Selbstbestimmung massiv einschränken. Durch die Verankerung im Strafgesetzbuch

Schwangerschaftsabbruch ist kein Verbrechen. Dennoch gibt es in Europa zahlreiche Hürden beim Zugang und aggressive Versuche, diesen zu erschweren.

über eine bestimmte Schwangerschaftswoche hinaus, sowie hohe Kosten.

BESONDERS STARK BETROFFEN. Marginalisierte Gruppen wie z. B. Menschen in Armut, Jugendliche, Menschen mit Behinderungen, LGBTIQ+, Sexarbeiter*innen, Schutzsuchende und Menschen mit nicht gesichertem Migrationsstatus sind von diesen Einschränkungen unverhältnismäßig stark betroffen. Verstöße gegen die bestehenden Regelungen sind in vielen Ländern strafbar und führen zu zusätzlicher Stigmatisierung, die den Zugang zu wichtigen medizinischen Leistungen verzögert oder sogar verhindert.

Die Kosten für einen Abbruch sind für manche unerschwinglich, vor allem in Ländern, in denen ein Schwangerschaftsabbruch nicht von der Krankenversicherung oder vom nationalen Gesundheitssystem abgedeckt wird. Dies trifft auf Länder wie Österreich, Bulgarien, Kroatien, Zypern, Tschechien, Deutschland, Lettland, Montenegro, Rumänien, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Kosovo und Serbien zu.

GESUNDHEITSPERSONAL VERWEIGERT EINGRIFFE. In vielen Staaten wird der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen praktisch eingeschränkt, weil Gesundheitspersonal aus persönlichen oder religiösen Gründen Eingriffe verweigert. In Italien und Kroatien sind derartige Weigerungen aus sogenannten Gewissensgründen weit verbreitet, und auch in Rumänien nehmen sie zu.

In all diesen Fällen ergreifen die Behörden nicht die nötigen und völkerrechtlich vorgeschriebenen Maßnahmen, um die Auswirkungen dieser hohen Verweigerungsquoten abzufedern und den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen weiterhin zu gewährleisten.

Mindestens zwölf europäische Länder schreiben nach wie vor medizinisch unnötige Wartezeiten vor, bevor ein legaler Schwangerschaftsabbruch vorgenommen werden kann, und 13 Länder bestehen auf einer Pflichtberatung.

IM VISIER DER TRANSNATIONALEN ANTI-GENDER-BEWEGUNG.

Die derzeitigen Bemühungen in Europa zur Beschneidung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch werden von einer finanziell gut ausgestatteten, transnationalen Anti-Gender-Bewegung angeführt. Diese setzt sich aus konservativen und religiösen Gruppen und Institutionen, Thinktanks, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Social-Media-Influencer*innen zusammen.

So hat beispielsweise in Kroatien der Einfluss menschenrechtsfeindlicher Regierungspolitiker*innen in Verbindung mit einer erstarken Allianz zwischen Abtreibungsgegner*innen und der katholischen Kirche zu wiederholten Versuchen geführt, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu erschweren. In der Slowakei gab es mehrfach Versuche im Parlament, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen einzuschränken oder zu verbieten. Im September 2025 wurden Verfassungsänderungen verabschiedet, die die reproduktiven Rechte signifikant aushöhlen werden.

Ungarn hat in den vergangenen Jahren den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, Verhütung und Familienplanung erschwert. In Italien hat die Regierungspartei Gesetzesinitiativen initiiert, um Abtreibungsgegner*innen den Zugang zu Beratungsstellen für Schwangere zu ermöglichen.

In Österreich, aber auch in anderen Ländern wird Gesundheitspersonal, das an Schwangerschaftsabbrüchen mitwirkt, eingeschüchtert, unter anderem durch Proteste direkt vor ihren Kliniken oder gezielte Drohbriefe und Emails.

GUTE NACHRICHT

Das Europäische Parlament hat im Dezember 2025 beschlossen, dass die EU-Kommission einen Vorschlag ausarbeiten soll. Dieser soll es EU-Staaten freiwillig ermöglichen, Schwangeren aus Ländern mit strengen Schwangerschaftsabbruchsgesetzen den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen im Ausland zu geben. Dafür soll ein EU-Finanzmechanismus geschaffen werden – eine Art Fonds, der diese Unterstützung ermöglicht.

KOPFTUCHVERBOT FÜR MÄDCHEN UNTER 14: EMANZIPATION ODER AUSGRENZUNG?

Der Nationalrat hat ein Kopftuchverbot für Schülerinnen unter 14 Jahren beschlossen, mit dem erklärten Ziel, ihre Selbstbestimmung zu stärken. Kritiker*innen sehen darin eine Gefahr der Stigmatisierung, rechtlicher Probleme und gesellschaftlicher Spaltung.

Von *Mohanad Suwaed und Christina Breil, Mitglieder des Netzwerks Frauenrechte*

Abgeordnete von ÖVP, SPÖ, NEOS und FPÖ haben am 11. Dezember 2025 im österreichischen Nationalrat ein Kopftuchverbot an Schulen für Mädchen unter 14 Jahren beschlossen. Bei einem Verstoß soll die Schulleitung zunächst ein Gespräch mit den Eltern führen; trägt das Mädchen anschließend weiterhin ein Kopftuch in der Schule, können Geldstrafen von bis zu 800 Euro verhängt werden. Begründet wird die Entschei-

dung mit dem „Schutz der kindgerechten Entwicklungs- und Entfaltungsfreiheit“ sowie der „Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Sichtbarkeit von Mädchen“.

Bereits zum Zeitpunkt der Entscheidung kam Kritik von Seiten der Grünen. Sie lehnten das Gesetz nicht grundsätzlich ab, hielten die Formulierung jedoch für verfassungsrechtlich problematisch und stimmten daher dagegen.

SCHARFE KRITIK. Deutlich schärfere Kritik äußerte die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ). Sie sieht in dem Verbot eine Stigmatisierung von Kindern und eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt: „Kein Kind darf zum Kopftuch gedrängt werden, das ist für uns unverrückbar. Aber ebenso darf kein Kind durch staatliche Verbote daran gehindert werden, seine religiöse Identität freiwillig zu leben.“ Die IGGÖ hat daher eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof eingebracht. Auch das Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen reagierte kritisch. Kopftuchtragenden Mädchen werde signalisiert, dass über ihren Körper verfügt werde, erklärte ein Vorstandsmitglied. Zudem löse das Verbot die Probleme jener nicht, die tatsächlich Zwang erleben.

DISKRIMINIERUNG UND FREMDZUSCHREIBUNG.

Amnesty International stuft das Gesetz als diskriminierend ein und sieht einen Verstoß gegen das Prinzip der Nichtdiskriminierung aufgrund von Geschlecht und Religion. Die Menschenrechtsorganisation forderte die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme auf, von der Einführung des Verbots abzusehen. „Mit dem geplanten Kopftuchverbot schreibt die Regierung dem Kopftuch eine Bedeutung zu, die auf reiner Fremdzuschreibung basiert.“



© pixabay/ Nasik Lababan

Sie spricht damit muslimischen Frauen und Mädchen jegliche Selbstbestimmung ab“, erklärte Ronya Alev, Advocacy & Research Officer bei Amnesty International.

Dem schließt sich auch das Netzwerk Frauenrechte an. Entgegen dem von den Abgeordneten vorgebrachten Ziel, die Selbstbestimmung von Mädchen und jungen Frauen zu stärken, spricht das Verbot muslimischen Mädchen die Fähigkeit ab, sich eigenständig für ein religiöses Symbol zu entscheiden. Ein pauschales Gesetz unterscheidet nicht zwischen erzwungenem Tragen und freiwilliger Identitätsstiftung. Hinzu kommt, dass muslimische Kinder sowie die gesamte islamische Gemeinschaft stigmatisiert werden, wenn das Kopftuch als Symbol der Unterdrückung diffamiert wird, während andere religiöse Symbole – etwa das christliche Kreuz oder die jüdische Kippa – unangetastet bleiben.

RESTRIKTIVE POLITIK. Das neue Kopftuchverbot wirkt daher weniger wie ein emanzipatorischer Schritt als wie eine Form des „Femotionalismus“: Frauenrechtliche Argumente werden instrumentalisiert, um eine restriktive Politik gegenüber einer religiösen Minderheit zu legitimieren. Dass der tatsächliche Schutz von Frauen kaum im Zentrum steht, zeigt sich darin, dass lediglich ein Symptom verboten wird, ohne die zugrunde liegenden patriarchalen Strukturen oder Gewaltverhältnisse im Privaten zu bekämpfen. Anstatt Betroffene durch den Ausbau von Frauenhäusern, spezialisierter Sozialarbeit oder niederschwelliger Beratung zu stärken, wird die Last der „Befreiung“ Kindern aufgebürdet, die nun zwischen staatlichen Vorgaben und familiären Traditionen aufgerieben werden. Indem das Kopftuch pauschal als Zeichen der Unterdrückung markiert wird, wird Mädchen ihre eigene Identität abgesprochen und ihre soziale Isolation riskiert. Wenn Integration tatsächlich das Ziel wäre, müsste die Politik in Bildungschancen und Teilhabe investieren, statt eine symbolträchtige Debatte auf dem Rücken von Kindern zu führen – mit der Gefahr, Musliminnen zu stigmatisieren und den Rückzug in den häuslichen Unterricht zu verstärken.



DEMO-WALK GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Gemeinsam mit *Frauenhetz* und *Catcalls of Vienna* haben wir im November während der „16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“ ein Zeichen gegen geschlechtsspezifische Gewalt gesetzt. Mit viel orangener Farbe zogen wir einen Kreidestrich von der Wiener Oper den Ring entlang. Wir waren jung und alt, waren viele Geschlechter, waren laut und leise, alle 10 Minuten legten wir uns auf die Straße, um der Femizide zu gedenken. Die liegenden Körper standen für die Frauen und Mädchen, die durch Femizide getötet wurden. Und wir waren erschüttert - während unserer Aktion wurde ein weiterer Femizid gemeldet. Man(n) tötet nicht aus Liebe. Stoppt Femizide!





ARBEITSRECHTE

AUSBEUTUNG FÜR UNSERE KLEIDUNG

Protest von
Textilarbeiter*in-
nen in Sri Lanka,
Dezember 2024

Amnesty International deckt in zwei neuen Berichten auf, wie große Modemarken von der systematischen Unterdrückung von Arbeitsrechten in Bangladesch, Indien, Pakistan und Sri Lanka profitieren.

Die weltweite Bekleidungsindustrie ist ein globales Geschäft mit einem Umsatz von einer Billion Dollar, das weltweit fast 100 Millionen Menschen beschäftigt – darunter überwiegend Frauen. Die Bedeutung der Branche für die Region ist enorm, denn in Bangladesch, Indien, Pakistan und Sri Lanka (einschließlich der Textilindustrie) machen die Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie schätzungsweise 40 Prozent der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe aus. Die Bekleidungsindustrie steht jedoch seit Langem wegen Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten und ihrem Geschäftsmodell in der Kritik. Arbeiter*innen in Südasien, besonders Frauen, werden systematisch ihrer Rechte beraubt, und zwar durch informelle und unsichere Verträge, Hungerlöhne, Diskriminierung und prekäre Arbeitsbedingungen.

SONDERWIRTSCHAFTSZONEN OHNE RECHTE. Dies wird unter anderem ermöglicht durch sogenannte Sonderwirtschaftszonen in den betreffenden Ländern: Sonderwirtschaftszonen sind speziell definierte geografische Gebiete innerhalb eines Landes, die wirtschaftliche Vorteile und Sonderrechte für Unternehmen bieten.

Faktisch bedeutet dies: Kein Recht auf Vereinigungsfreiheit. Denn die Anwendung des Arbeitsrechts wird diesen Zonen selbst überlassen und die Regierung des Landes unterdrückt Gewerkschaften ohnehin. Egal ob in Bangladesch, Indien, Pakistan oder Sri Lanka: Die Rechte der Arbeiter*innen werden den Profiten der Textilindustrie geopfert – und davon profitieren größtenteils westliche Modeunternehmen. Dies hat Amnesty International in den zwei neuen Berichten „Stitched Up“ und „Abandoned by Fashion“ aufgedeckt und damit die systematische Ausbeutung von Arbeiter*innen in der Bekleidungsindustrie dokumentiert.

KOLONIALE MUSTER. „Die globale Modeindustrie funktioniert bis heute nach kolonialen Mustern: Sie schöpft billige Arbeitskraft aus dem Globalen Süden ab, um Gewinne im Globalen Norden zu maximieren“, sagt Yasmin Khuder, Expertin für Klimagerechtigkeit und Wirtschaft & Menschenrechte bei Amnesty International. „Armut, Unsicherheit und gefährliche Arbeitsbedingungen sind dabei kein unerwartetes Nebenprodukt der Branche, sondern ein integraler Bestandteil ihres Systems.“



MUTIGER EINSATZ: DIE ARBEITSRECHTSAKTIVISTIN ASHILA DANDENIYA AUS SRI LANKA

ERGEBNISSE DER AMNESTY-RECHERCHE

- ◆ Systematische Unterdrückung der Gewerkschaften: In Bangladesch, Indien, Pakistan und Sri Lanka werden Textilarbeiter*innen regelmäßig daran gehindert, Gewerkschaften zu gründen oder ihnen beizutreten. Sie werden dabei bedroht und schikaniert, müssen Entlassungen und Gewalt fürchten.
- ◆ Profite auf Kosten der Arbeiter*innenrechte: Globale Modemarken, Fabriken und die Regierungen dieser vier Länder bilden eine „unheilige Allianz“. Sie profitieren von der Ausbeutung, den Hungerlöhnen und den prekären Arbeitsbedingungen der zumeist weiblichen Arbeitskräfte.
- ◆ Regierungsseitige Blockaden: Behörden verweigern oder erschweren das Menschenrecht auf Vereinigungsfreiheit durch Sabotage von Gewerkschaften oder unabhängiger Gremien.
- ◆ Versagen internationaler Modemarken: Die im Rahmen der Amnesty-Recherche befragten 21 Marken kommen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nicht nach. Die Lieferketten sind intransparent, was die Verletzung von Arbeitsrechten ermöglicht.
- ◆ Diskriminierung von Frauen: Die mehrheitlich weiblichen Textilarbeiter*innen, oft aus marginalisierten Gruppen, sind systematischer Belästigung und Misshandlung ausgesetzt. Sie haben kaum Zugang zu rechtlicher Vertretung, was durch fehlende Gewerkschaften noch verschärft wird.

FAIRE MODE: WAS KANNST DU TUN?

Frage bei den Modeunternehmen, bei denen du einkaufst, nach:

- ◆ Wer hat die Kleidung hergestellt, wo, wie und unter welchen Bedingungen?
- ◆ Wird sich die Marke dafür einsetzen, die Rechte der Menschen zu gewährleisten, die ihre Kleidung hergestellt haben?

Ashila Dandeniya (45) war eine Textilarbeiterin in Sri Lanka. Sie ist die Gründerin der Organisation „Stand Up Movement Lanka“, die sich für den Schutz und die Förderung der Rechte von Arbeiterinnen in Sri Lanka einsetzt. Hier berichtet sie über ihre Arbeit, die sie trotz aller Gefahren weiterführt:

„Meine erste Stelle im Textilsektor hatte ich 2001 als Qualitätskontrolleurin bei einem bekannten BekleidungsHersteller in Colombo, Sri Lanka. Mit der Zeit begann ich, über die Probleme der Arbeiter*innen zu sprechen. Ich tat dies im Arbeiterausschuss der Fabrik – eine Gewerkschaft gab es dort nicht. Das führte zu meiner Entlassung.

Ich fand das unfair und reichte Klage gegen die Fabrik ein. Ich befasste mich mit dem Gesetz, lernte meine Rechte kennen und beschloss, mich vor Gericht selbst zu vertreten ... und ich habe gewonnen!

Als ich meine Entschädigung erhielt, gab mir das den Glauben, dass wir gewinnen können – wenn wir kämpfen, können wir unsere Rechte durchsetzen. Als Textilarbeiterin habe ich mich weiter in die Probleme der Arbeiter*innen eingemischt. Das führte zur Gründung von „Stand Up Movement Lanka“.

Wenn wir Berichte über unfaire Arbeitspraktiken oder Entlassungen erhalten, setzen wir uns für Gerechtigkeit ein. Es herrscht jedoch eine spürbare Angst unter den Arbeiter*innen. Ihr Glück, ihre Trauer, die Bildung ihrer Kinder und ihre Ernährung – all das hängt von ihrem Lohn ab.

Man hat versucht, diese Arbeiter*innen auszubeuten, indem man ihnen angeblich „flexible“ Arbeitsregelungen anbot. Man kürzt ihnen auch verschiedene Sozialleistungen, senkt die Löhne und drängt sie tiefer in die Armut. Diese schlimme Situation ist nicht nur ein Problem der Textilbranche in Sri Lanka, sondern hat globale Ursachen.

Wir stellen oft fest, dass Menschen sich gut fühlen, wenn sie modische Kleidung tragen. Aber hinter dieser Zufriedenheit stecken die Opfer, das Blut, der Schweiß und die Tränen von unzähligen Arbeiter*innen.“

FRAUEN AUF DER FLUCHT VOR KRIEG UND BITTERER ARMUT

Vier Migrantinnen berichten, weshalb sie aufgebrochen sind und was sie auf dem gefährlichen Weg erlebt haben. Sie leben im Rasthaus Baobab in Rabat (Marokko).

Alle Beiträge von
Afrique-Europe-Interact

AFRIQUE-EUROPE-INTERACT ist ein transnationales, ausschließlich ehrenamtlich arbeitendes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind Basisaktivist*innen vor allem in Mali, Togo, Burkina Faso, Guinea, Tunesien, Marokko, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Geflüchtete, Migrant*innen und Abgeschobene. Programmatisch verfolgt *Afrique-Europe-Interact* insbesondere zwei Zielsetzungen: Einerseits unterstützt die Initiative Geflüchtete und Migrant*innen in ihren Kämpfen um Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte – ob in den Ländern des Maghreb, auf dem Mittelmeer oder innerhalb der Festung Europa. Andererseits ist sie an sozialen Auseinandersetzungen um gerechte bzw. selbstbestimmte Entwicklung beteiligt. *Wenn du mehr wissen und die Projekte unterstützen willst: afrique-europe-interact.net*

Ich heiße Claudine* und komme aus Togo, aus der Stadt Kara im Landesinneren.

Ich bin das einzige Kind meiner Familie und selbst alleinerziehende Mutter zweier Kinder. Weil es meiner Mutter schon lange gesundheitlich schlecht geht, musste ich mich bereits früh um sie kümmern. Dafür fehlten mir aber stets die finanziellen Mittel. Eine entsprechende Arbeit konnte ich nicht finden. Ich beschloss, nach Marokko zu gehen, um Geld für meine beiden Kinder und meine Mutter zu verdienen, um sie versorgen zu können. Ich bin auf dem Landweg nach Marokko gekommen. Doch wenn ich gewusst hätte, was mir auf dem Weg durch die Wüste geschehen würde, wäre ich nicht aufgebrochen. Insgesamt war ich zwei Monate lang unterwegs. Unsere Gruppe bestand aus sechs Frauen und vier Männern. Wir reisten in einem LKW, danach fuhren wir in einem Pick-Up weiter. In der algerischen Wüste wurde ich Opfer einer Vergewaltigung. Die Männer in unserer Gruppe wurden entführt, weil sie uns helfen wollten. Ich habe den Kontakt zu ihnen verloren und weiß nicht einmal, ob sie noch am Leben sind. Die Angreifer waren maskiert und haben uns zudem alles weggenommen, was wir bei uns trugen: Unsere Handys, unser Geld, einfach alles. Als ich ankam, musste ich feststellen, dass ich aufgrund der Vergewaltigung schwanger war. Doch als schwangere Frau ist es hier unmöglich, Arbeit zu finden. Ich sah mich dazu gezwungen, auf der Straße betteln zu gehen. Anders hätte ich nicht überleben können. Dann habe ich jemanden getroffen, der mir von der ARCOM erzählte und mir erklärte, dass dort Migrantinnen versorgt und untergebracht werden. Ich bin in das Büro von Papa Emmanuel [Emmanuel Mbolela – die Redaktion] gegangen und habe ihm meine Situation erklärt. Danach bekam ich einen

Platz im Baobab. Als ich hier ankam, war mein Sohn bereits zwei Monate alt. Mir fehlen noch immer die notwendigen Mittel, um meine Kinder zu versorgen. Wegen des anstehenden Afrika-Cups ist es heute verboten zu betteln. Wenn man erwischt wird, kann es passieren, dass man in sein Heimatland abgeschoben wird. Meine Familie zu Hause in Togo denkt noch immer, dass ich hier arbeiten würde. Aber das ist nicht der Fall – ganz im Gegenteil. Zum Glück bekommen wir hier Essen und können gratis wohnen.

Ich heiße Mariam und komme aus der Elfenbeinküste, genau genommen aus der Region Issia im Südwesten des Landes.

Ich stamme aus einer sehr armen Familie. Ich hatte einen Job als Industriearbeiterin und konnte ein bisschen Geld sparen. Dann wurde ich schwanger. Ich bin von zu Hause weggegangen, weil mein Gehalt für mich und mein Kind nicht gereicht hätte. Ich wollte der Armut entkommen, meine Mutter unterstützen und meinem Kind eine bessere Zukunft ermöglichen. Von einer Arbeitskollegin in der Fabrik habe ich dann den Kontakt zu einem jungen Mann aus Agadir bekommen, der mir versprochen hat, für mich die Bootsüberfahrt von Marokko nach Spanien zu organisieren. Dann habe ich mich auf den Weg gemacht und habe auf dem Landweg Mali, Senegal und Mauretanien durchquert. Die Reise klappte zunächst gut, doch an der Grenze zwischen dem Senegal und Mauretanien begannen die Probleme. Dort wurden wir drei Tage lang festgehalten. Ich war zu diesem Zeitpunkt im zweiten Monat schwanger und hatte große Angst, die Schwangerschaft zu verlieren. Mit Gottes Hilfe habe ich es aber bis nach Marokko geschafft. In Agadir bin ich dann mit dem jungen Mann zusammengetroffen, der mir versprochen hat-

* alle Namen geändert



te, mich nach Spanien zu bringen. Er gab mir die Anweisung, in die Küstenstadt Ad-Dakhla weiterzureisen, die im Gebiet der Westsahara liegt. Von dort aus sollte ich gemeinsam mit anderen Migrant*innen in einem Boot auf die Kanarischen Inseln übersetzen. Aber es kam ganz anders als gedacht: In der Unterkunft, in die wir gebracht wurden, wurden wir ausgeraubt – Banditen nahmen uns unsere Wertgegenstände, unser Geld und unsere Handys ab. Ich überlebte nur dank der Hilfe einiger ivorischer Frauen, die ebenfalls in Ad-Dakhla gestrandet waren und die mir in dieser Zeit der Not zu essen gaben und mir ab und zu 10 oder 20 Dirham zusteckten. So blieb mir nichts anderes übrig, als mich nach Rabat durchzuschlagen. Hier wurde ich im Baobab aufgenommen. Sechs Tage nach meiner Ankunft habe ich meinen Sohn geboren.

Mein Name ist Amira. Ich komme aus der Region Darfur im Sudan und bin gemeinsam mit meiner Schwester hierher geflohen.

Wir kamen über Ägypten, Libyen, Tunesien und Algerien nach Marokko. In Libyen wurden wir während mehrerer Wochen festgehalten. Unser Vater und unser Bruder wurden im Krieg getötet, als vor zwei Jahren ein Militärflugzeug abgestürzt ist. Von unserer Mutter fehlt jede Spur. Von Verwandten haben wir gehört, dass sie nach Libyen geflohen sei, aber sicher sind wir nicht. Die Überlebenden unserer Familie sind in alle Winde zerstreut und zu vielen haben wir keinen Kontakt.

Aufgrund unserer sexuellen Orientierung, und weil wir uns nicht so kleiden, wie es für traditionelle Muslime vorgeschrieben ist, sind wir hier starken Anfeindungen ausgesetzt. Wir haben bereits Drohungen erhalten – man hat uns gesagt, dass man uns zusammenschlagen würde, wenn wir uns nicht kleiden, wie sich

das für muslimische Frauen angeblich geziemt. Zurück in den Sudan können wir nicht. Dort erwartet uns nur der Tod. Zum Glück sind wir hier im Baobab in Sicherheit.

Mein Name ist Abeni. Ich bin eine Tochter von Bauern und komme aus der Stadt Birao, die im Norden der Zentralafrikanischen Republik liegt.

Ich habe mein Land im Jahr 2023 aufgrund des Krieges verlassen. Das Dorf, in dem ich lebte, wurde von Soldaten überfallen und geplündert. Mir wurde schlimme Gewalt angetan und ich musste Hals über Kopf meine drei Kinder und meine Eltern zurücklassen. Über Kamerun und Niger bin ich nach Algerien gekommen. Bei der Durchquerung der Sahara habe ich viel gelitten. Ich wurde mehrere Wochen lang in der algerischen Wüste festgehalten. Zum Glück kam ich frei und reiste über die Stadt Oujda, die im Osten Marokkos liegt, weiter nach Rabat. Als ich hier ankam, wurde ich krank. Bald darauf sagte man mir, dass ich durch die Gewalt, die ich beim Überfall der Soldaten in meinem Heimatdorf erlitten hatte, ein Kind erwarten würde. Hier in Rabat hat man mich zum Büro des UNHCR geschickt. Da es dort aber keine Unterkünfte für Geflüchtete gibt, leiteten mich die Verantwortlichen zur ARCOM weiter. Seit zwei Monaten lebe ich nun hier – und zum Glück konnte ich meinen Frieden finden. Mein Kind wird ohne Vater aufwachsen, aber was bleibt mir anderes übrig, als mein Schicksal anzunehmen? Wir leben hier zusammen – verschiedene Frauen aus unterschiedlichen Ländern. Jede hat ihre Geschichte. Wir teilen das Essen und haben ein Dach über dem Kopf. Das ist das Wichtigste. Die Mitarbeiter*innen der ARCOM helfen uns, als ob sie unsere Eltern wären. Das Schlimmste liegt hinter mir, aber die Traumatisierungen bleiben.

RASTHAUS BAOBAB FÜR FRAUEN UND IHRE KINDER IN RABAT (MAROKKO)

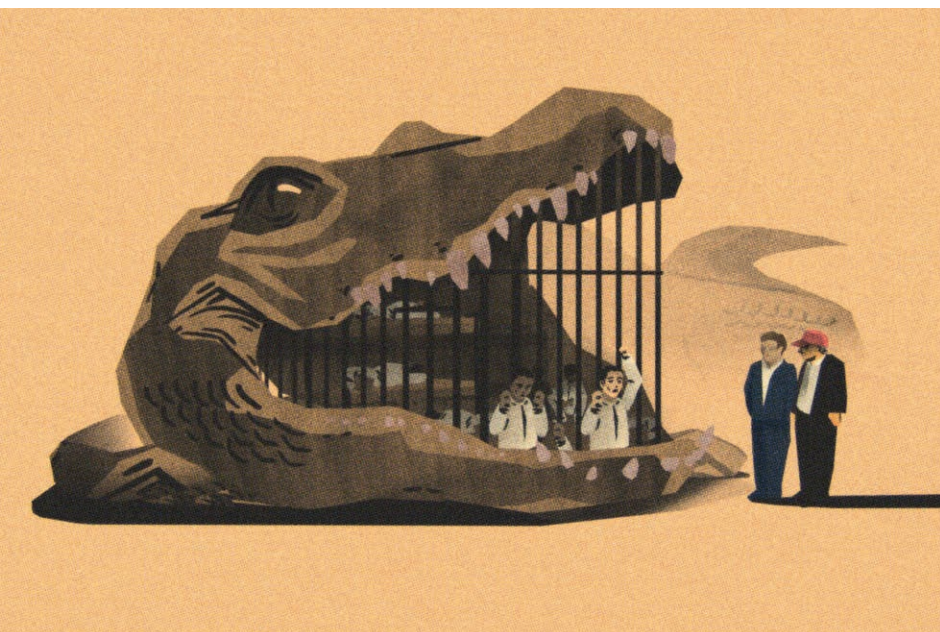
Das 2015 gegründete Rasthaus Baobab bietet Platz für 30 Migrantinnen und ihre Kinder. Sie können bis zu drei Monate bleiben (bei Geburt, Krankheit und ähnlichen Fällen auch länger) – um durchzuatmen, um Kräfte zu sammeln, um sich neu zu orientieren oder um einfach einen geschützten Ort zu haben. Das Rasthaus bietet den Frauen und Kindern zudem Alphabetisierungskurse, Sprachtrainings, Nachhilfenunterricht und berufliche Fortbildung an. Träger des Rasthauses – das auch politisch interveniert – sind Afrique-Europe-Interact und die Migrant*innen-Organisation ARCOM.

EMMANUEL MBOLELA

wurde 2002 während Studierendenprotesten in der Demokratischen Republik Kongo verhaftet und musste anschließend das Land verlassen. Über den Landweg gelangte er nach Marokko, wo er 2005 die migrantische Selbstorganisation ARCOM mitbegründete. 2008 kam er im Rahmen des UNHCR-Umsiedlungsmechanismus nach Europa und engagierte sich von Anfang an bei Afrique-Europe-Interact. 2015 veröffentlichte er sein Buch „Mein Weg vom Kongo nach Europa. Zwischen Widerstand, Flucht und Exil“. Durch Spendensammlungen bei seinen Lesereisen konnte 2015 gemeinsam mit ARCOM das Rasthaus für Frauen und ihre Kinder in der marokkanischen Hauptstadt Rabat eröffnet werden. Emmanuel Mbolela ist Koordinator des Rasthauses, zudem ist er in der kongolesischen Exil-Community aktiv.

WAS EIN JAHR TRUMP FÜR DIE MENSCHENRECHTE BEDEUTET

Ein Jahr nach dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump sieht Amnesty International die Alarmstufe Rot erreicht - angesichts der zunehmenden autoritären Praktiken in den USA und der verheerenden Aushöhlung der Menschenrechte.



Schwere Menschenrechtsverletzungen in Abschiebezentren in Florida dokumentierte Amnesty in einem Bericht im Dezember 2025

© Tercer Piso

„In den USA werden Grundrechte systematisch geschwächt. Das ist ein Warnsignal weit über die Landesgrenzen hinaus. Menschenrechte gelten nur dann, wenn sie auch verteidigt werden! Die Normalisierung ihres Abbaus gefährdet demokratische Gesellschaften überall“, konstatiert Shoura Hashemi, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich.

In einem Bericht, der am 20. Jänner veröffentlicht wurde, „*Ring the Alarm Bells: Rising Authoritarian Practices and Erosion of Human Rights in the United States*“, dokumentiert Amnesty International, wie die Eskalation autoritärer Praktiken der Trump-Administration, einschließlich der strikten Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Untergrabung der Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte in den USA und darüber hinaus, aushöhlt. „Wir alle sind Zeug*innen eines gefährlichen Kurses unter Präsident Trump, der bereits

zu einem Menschenrechtsnotstand geführt hat“, sagt Paul O’Brien, Geschäftsführer von Amnesty International in den USA.

1 JAHR ANGRIFFE AUF DIE GRUNDPFEILER EINER FREIEN GESELLSCHAFT. Der Bericht umfasst zwölf miteinander verknüpfte Bereiche, in denen die Trump-Administration die Säulen einer freien Gesellschaft angreift. Darunter Angriffe auf die Pressefreiheit und den Zugang zu Informationen, die Meinungsfreiheit und die friedliche Versammlung, zivilgesellschaftliche Organisationen und Universitäten, politische Gegner*innen und Kritiker*innen, Richter*innen, Rechtsanwält*innen und das Rechtssystem sowie rechtsstaatliche Verfahren.

Der Bericht dokumentiert auch Angriffe auf die Rechte von Menschen auf der Flucht und Migrant*innen, die Beschuldigung von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen und die Rücknahme des Schutzes vor Diskriminierung, den Einsatz des Militärs für innenpolitische Zwecke, den Abbau der Rechenschaftspflicht von Unternehmen und von Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung, die Ausweitung der Überwachung ohne sinnvolle Kontrolle sowie Bemühungen, internationale Systeme zum Schutz der Menschenrechte zu untergraben.

WIE UNTERDRÜCKUNG DEN ALLTAG PRÄGT. Wie in dem Bericht ausführlich dargelegt, verstärken sich diese autoritären Taktiken gegenseitig: Studierende werden festgenommen und inhaftiert, weil sie auf dem College-Campus protestieren, ganze Gemeinden werden von maskierten ICE-Agenten terrorisiert und die Militarisierung der Städte in den USA wird zur Normalität.

Gleichzeitig erschwert die Einschüchterung

„Durch die Zerschlagung von Normen und die Konzentration von Macht versucht die Regierung, es unmöglich zu machen, dass jemand die Behörden zur Verantwortung zieht. Es besteht kein Zweifel, dass diese autoritären Praktiken der Trump-Administration die Menschenrechte aushöhlen und die Gefahren für Journalist*innen und Menschen, die ihre Meinung äußern oder abweichende Meinungen vertreten, einschließlich Demonstrierende, Anwält*innen, Studierende und Menschenrechtsverteidiger*innen, erhöhen.“

Paul O'Brien, Geschäftsführer von Amnesty International in den USA

der Presse die Aufdeckung von Menschenrechtsverletzungen. Vergeltungsmaßnahmen gegen Proteste machen den Menschen Angst, sich zu äußern. Die zunehmende Überwachung und Militarisierung schreckt davon ab, abweichende Meinungen zu äußern und Angriffe auf Gerichte, Anwält*innen und Aufsichtsgremien erschweren die Durchsetzung der Rechenschaftspflicht. Diese Taktik untergräbt eindeutig die Menschenrechte, einschließlich der Meinungsfreiheit, der friedlichen Versammlung, der Pressefreiheit, des Zugangs zu Informationen, der Gleichheit und Nichtdiskriminierung, eines rechtsstaatlichen Verfahrens, der akademischen Freiheit. Sicherheit vor willkürlicher Inhaftierung, das Recht, Asyl zu beantragen, das Recht auf ein faires Verfahren und sogar das Recht auf Leben sind gefährdet.

WIE KONTROLLMECHANISMEN VERSAGEN. Amnesty dokumentiert seit langem ähnliche Muster in Ländern rund um die Welt. Auch wenn die Kontexte unterschiedlich sind, konsolidieren Regierungen ihre Macht, kontrollieren Informationen, diskreditieren Kritiker*innen, bestrafen abweichende Meinungen, schränken den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft ein und schwächen Mechanismen, die die Rechenschaftspflicht gewährleisten sollen. Paul O'Brien: „Der Angriff auf die Zivilgesellschaft und die Rechtsstaatlichkeit sowie die Aushöhlung der Menschenrechte in den USA spiegelt das globale Muster wider, das Amnesty seit Jahrzehnten beobachtet und vor dem wir immer wieder gewarnt haben.“ Unsere Erfahrung zeigt, dass die Institutionen, die den Machtmissbrauch eindämmen sollen, bereits stark geschwächt sind, wenn sich autoritäre Praktiken vollständig durchgesetzt haben.

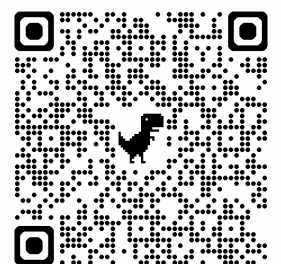
WAS JETZT GESCHEHEN MUSS. In dem Bericht gibt Amnesty International eine Reihe von Empfehlungen an die Exekutive der USA, den Kongress, die Regierungen der Bundesstaaten und Kommunen, die Strafverfolgungsbehörden, internationale Akteure und andere Regierungen, Unternehmen wie Technologiefirmen und die Öffentlichkeit ab, die darauf abzielen, diese Umarmung autoritärer Praktiken rückgängig zu machen und die Normalisierung der zunehmenden Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Amnesty fordert dringende Maßnahmen zum Schutz der Zivilgesellschaft, zur Wiederherstellung rechtsstaatlicher Garantien, zur Stärkung der Rechenschaftspflicht und zur Gewährleistung, dass Menschenrechtsverletzungen weder ignoriert noch als unvermeidlich akzeptiert werden.

USA: "Alligator Alcatraz" schließen!

Im Juli 2025 wurde in den Everglades im US-Bundesstaat Florida ein Abschiebegefängnis namens „Alligator Alcatraz“ eröffnet. Schon wenige Wochen nach der Eröffnung wurde über unhygienische Zustände berichtet, z. B. überlaufende Toiletten und defekte Duschen. Es gibt keine adäquate medizinische Versorgung und der Zugang zu Rechtsbeiständen ist eingeschränkt. Die unmenschliche Einrichtung muss umgehend geschlossen werden und die US-Behörden müssen die massenhafte Inhaftierung und Abschiebung von Migrant*innen beenden.

SETZ DICH EIN!

Bitte unterschreibe die Online-Petition



THERESA SERBER MALKIEL – VORREITERIN DES WELTFRAUENTAGS

Die russische Immigrantin widmete ihr Leben dem Kampf um bessere Bedingungen für Arbeiterinnen und Einwanderinnen.

Theresa Serber Malkiel
(1874 - 1949)

© Wikimedia Commons



Von Myriam, Mitglied des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte

Die feministische Aktivistin und sozialistische Gewerkschafterin Theresa Serber Malkiel (geb. 1. Mai 1874 in Bar, Russisches Kaiserreich, gest. 17. November 1949 in New York) gilt als Schlüsselfigur für die Einführung eines nationalen Frauentags in Amerika. Dieser ist Vorläufer des heutigen internationalen Frauentags, der weltweit am 8. März begangen wird.

Die russische Immigrantin widmete ihr Leben dem Kampf um bessere Bedingungen für Arbeiterinnen und Einwanderinnen. Dabei konzentrierte sie sich auf so wichtige Themen wie das Frauenwahlrecht sowie Einbürgerung und den Zugang zu Bildung.

EMIGRATION AUS DER UKRAINE. Theresa Serber (verh. Malkiel) wuchs in einer gebildeten jüdischen Familie in der heutigen Ukraine auf und emigrierte 1891 aufgrund der zunehmenden Entrechtung von Juden und des erstarkenden Antisemitismus in Russland in die USA.

Dort arbeitete sie als Kürschnerin in der Textilindustrie. Die Arbeitsbedingungen waren prekär. So waren die Fabriken gefährlich überfüllt, 65 Stunden-Wochen waren nicht selten und die Löhne der Arbeiterinnen um die Hälfte niedriger als jene der Männer. Serber Malkiel war überzeugt, dass diese Ungerechtigkeiten nur vereint überwunden werden könnten. So trat sie bald dem russischen Arbeiterclub bei und gründete 1892 mit Mitstreiterinnen ihre eigene Gewerkschaft, die Infant Cloak Makers Union. Zur Jahrhundertwende trat sie der Sozialistischen Partei Amerikas bei, in deren Nationales Frauenkomitee sie gewählt wurde. Damit wurde sie als erste Frau Teil der Führungsmannschaft der Sozialistischen Partei.

DOKUMENTIERT DEN KAMPF DER TEXTILARBEITERINNEN. Die Aktivistin nutzte ihr ausgeprägtes schriftstellerisches Talent, um den Kampf der Textilarbeiterinnen zu dokumentieren und für die Rechte der Arbeiterinnen zu kämpfen. Sie schrieb den Essay „Where do we stand on the woman question“ (1909), in dem sie das Desinteresse ihrer Partei an den Problemen der Arbeiterinnen thematisierte. Schon damals postulierte sie „Frauenrechte sind Menschenrechte“. Sie schrieb „Die Frauenfrage ist nicht mehr und nicht weniger als eine Menschenrechtsfrage. In Wirklichkeit bedeutet die Befreiung der Frau die Befreiung des Menschen in ihr.“ 1900 heiratete sie den späteren Rechtsanwalt Leon A. Malkiel, der selbst aktives Mitglied der Socialist Labor Party of America war. Aus familiären Gründen gab sie ihre Arbeit in der Bekleidungsindustrie auf, blieb aber weiterhin politisch aktiv. Im Jahr 1905 gründete sie die Women’s Progressive Society von Yonkers, einer Stadt

im Großraum New York, wo sie mit ihrem Mann und ihrer Tochter Henrietta lebte. Diese Organisation wurde später eine Zweigstelle der Sozialistischen Frauenvereinigung von New York und sollte als ein Übungsfeld für Frauenaktivistinnen dienen, um letztlich auch politische Funktionen in der Sozialistischen Partei ausüben zu können statt, nur als „offizielle Kuchenbäckerinnen und Geldsammlerinnen“ zu fungieren.

Weiterhin schrieb sie sozialistische Propagandafaltblätter und veröffentlichte zahlreiche Artikel über Sozialismus und die Frauenfrage in Zeitschriften.

1910 veröffentlichte sie ihren Roman „The Diary of a Shirtwaist Striker“. Darin beschreibt sie aus den Augen einer Aktivistin einen im Jahr zuvor durchgeführten Streik der Blusenmacherinnen, dem sich zwischen 20.000 bis 40.000 Frauen angeschlossen haben sollen.

HART ERKÄMPFTE ARBEITSRECHTE. Als am 25. März 1911 beim Brand der Triangle Shirtwaist Factory fast 150 Textilarbeiterinnen ums Leben kamen, lenkte ihr Roman zusätzliche Aufmerksamkeit auf die Missstände und half bei der Durchsetzung von Arbeitsrechtsreformen. Die Streikenden erkämpften eine wöchentliche Höchstarbeitszeit, Bezahlung von Überstunden sowie Freizeit an Wochenenden.

Ab 1920 zog Theresa Malkiel sich nach und nach aus der Arbeit für die Sozialistische Partei zurück. Ihr politisches Wirken geriet weitgehend in Vergessenheit. Bis zu ihrem Ableben organisierte sie mit der von ihr gegründeten Brooklyn Adult Students Association ein Sommercamp für Bildung für erwachsene Frauen, Arbeiterinnen und insbesondere immigrierte Frauen.



© Wikimedia Commons

Der Internationale Frauentag entstand aus der Arbeiterinnenbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts im Kampf um das Frauenwahlrecht. In Wien wurde bereits 1914 zum 8. März aufgerufen.

FRAUENTAG 2026

Jedes Jahr findet in Wien am Internationalen Frauentag das „Offene Rathaus“ statt.

Am Samstag, den 7. März 2026, wird für alle interessierten Besucher*innen von 14 bis 20 Uhr im Wiener Rathaus ein umfangreiches Programm geboten: Führungen, Workshops, Liveacts, Filmvorführung, Kinderbetreuung, Rollerskating und Informationsmöglichkeiten zu Themen wie Frauenpolitik, Arbeit, Bildung, Gewaltschutz, Gesundheit, Wohnen, Vielfalt, Mädchen und vielem mehr – alles bei freiem Eintritt. Das Amnesty Netzwerk ist dabei.

Komm zu unserem Stand, informiere dich über unseren Einsatz für Frauenrechte und unterschreib unsere Petitionen.

„WENN DU DURCH DIE HÖLLE GEHST, DANN GEH WEITER“

Zeugnisse inhaftierter Frauen in Belarus. Bericht über einen Abend mit und über Frauen, die sich der Diktatur widersetzen.

*Von Barbara Bennersdorfer,
Mitglied des Amnesty-Netz-
werks Arbeit, Wirtschaft und
soziale Rechte*

„So sieht eine Extremistin aus!“ ruft Anastasiya Svirkova und deutet auf die Frau, die neben ihr sitzt. Beide Frauen beginnen zu lachen, und das Schlagwort der „Extremistin“ wird der Running Gag des Abends. Denn Anastasiya Svirkova ist selbst eine Extremistin – in den Augen des belarussischen Staates.

Belarus ist ein diktatorisch geführter Staat in Europa, der letzte Staat in Europa, der die Todesstrafe verhängt und exekutiert, ein Staat, in dem es keine freien Wahlen gibt, keine unabhängigen Medien, ein Staat, der völlig abhängig von Russland ist, ein Staat mit vollen Straflagern, ein Staat voller mutiger Frauen, die sich nicht zum Schweigen bringen lassen – und die deswegen als Extremistinnen gelten und eingesperrt werden.

FRAUEN PRÄGEN DEN PROTEST. Im Jahr 2020 kam es in Belarus nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen, bei denen sich der autoritäre Führer Aljaksandr Lukaschenka seine sechste Amtszeit zusprach, zu massiven Protesten. Frauen wurden zum Gesicht der belarussischen Revolution. Das Regime reagierte mit Repression: Über 35.000 Demonstrierende wurden festgenommen und Menschen wurden gewaltsam auseinandergetrieben.

Wir, das Netzwerk *Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte* von Amnesty International präsentierten die Videoinstallation von Cordelia Dvorák, die auf dem von ihr herausgegebenen Buch „Wenn du durch die Hölle gehst, dann geh weiter. Zeugnisse inhaftierter Frauen in Belarus“ basiert. Das Buch ist eine Sammlung außergewöhnlicher Briefe von außergewöhnlichen Frauen aus belarussischen Gefängnissen. An diesem Abend hatte das Publikum das Privileg, nicht nur

die berührende Videoinstallation von Cordelia Dvorak im Beisein der Regisseurin selbst zu erleben, sondern im Anschluss daran auch Zeug*innen einer inspirierenden Diskussion zur Situation in Belarus zu sein.

MUT WIRD MIT STRAFLAGER VERGOLTEN. Am Podium sprachen Cordelia Dvorak, Filmemacherin und Autorin, Shoura Zehetner-Hashemi, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich, Anastasiya Svirkova, Vertreterin der Botschaft des Volkes von Belarus in Österreich sowie Larysa Shchyryakova, belarussische Journalistin, die wegen ihres ‚Extremismus‘ in einem belarussischen Straflager in Haft war, im September freigekommen und sofort ins Baltikum abgeschoben wurde. Moderiert wurde die Veranstaltung von Linda Sepulveda, als Übersetzerin hat Anastasiya Kramer fungiert.

Wir haben an diesem Abend gelernt, wie belarussische Extremistinnen aussehen (unter uns: Sie wirken ganz nett und harmlos, lächeln viel, sind sehr freundlich und ausgesprochen mutig), aber wir erfuhren auch, was Extremistinnen so tun: Sie arbeiten beispielsweise als Journalistinnen, stellen das Patriarchat in Frage, konsumieren andere als Staatsmedien, setzen sich für Menschenrechte ein, liken etwas auf Social Media, singen bei Protesten und Demonstrationen oder versuchen sogar Oppositionspolitik zu machen. Wenn das also Extremistinnen tun, dann bitte mehr davon!

Doch für die Frauen in Belarus ist es weit mehr als ein Running Gag, als Extremistin bezeichnet zu werden. Für sie bedeutet es Repressionen, Schikane für sich und ihre Familien, oft die Unmöglichkeit ihre Berufe auszuüben und leider immer wieder und viel zu oft: Haft und Straflager.



Buch „Wenn du durch die Hölle gehst, dann geh weiter“, Zeugnisse inhaftierter Frauen in Belarus



Ein Abend mit Videoinstallation und Podiumsdiskussion am 19. November 2025 im Amerlinghaus, organisiert vom Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte

MANGEL UND SCHIKANEN IN HAFT. Die Situation in belarussischen Straflagern ist erbärmlich: alles ist ein Kampf. Der Zugang zu Lebensmitteln, zu Medikamenten, zu Hygieneartikeln, zu Büchern, zu Briefen, zu Außenkontakten – all das kann nur, wenn überhaupt, hartnäckig erstritten werden. Besonders perfide erweist sich dabei das Zurückhalten von Post. Damit wird den Gefangenen vermittelt, dass sie von der Öffentlichkeit vergessen wurden, dass niemand mehr an sie denkt und ihnen schreibt.

Wir haben an diesem Abend auch gelernt, dass die Strafe des belarussischen Staates nach der Haftentlassung nicht vorbei ist. Kommt es aufgrund von internationalen Verhandlungen zur Freilassung von politischen Gefangenen werden diese sofort, direkt vom Straflager über die Grenze in benachbarte Länder abgeschoben. Ohne Dokumente, ohne die Möglichkeit, ihre Familien zu sehen, sich zu verabschieden, persönliche Gegenstände zu holen.

ÄNGSTE AUCH NACH DER ENTLASSUNG. Larysa Shchyrakova beschreibt die ersten Wochen ihrer Freilassung keineswegs als den großen euphorischen Taumel, endlich in Freiheit zu sein, wie man es erwarten könnte. Nein, sie beschreibt das als ganz verletzliche Zeit, in der sie ganz viel Ruhe brauchte, allein sein wollte und sich große Sorgen um ihre Angehörigen machte, die noch in Belarus waren. Mittlerweile konnte ihr minderjähriger Sohn zu ihr ausreisen – eine große Entlastung für sie. Immer eine Belastung ist auch das Wis-

sen um den Preis ihrer eigenen Freilassung: Heute wurden 50 Gefangene freigelassen, dafür werden morgen vielleicht 70 andere festgenommen – denn politische Gefangene sind eine wichtige Verhandlungsmasse am internationalen Parkett.

Was sich diese mutigen, fröhlichen, unverdrossen optimistischen Frauen für ihr Land wünschen ist deswegen klar: mit Diktatoren gibt es nichts zu verhandeln, ein Systemwechsel muss her.

Hierzu braucht es die Hilfe der internationalen Gemeinschaft. Europa sollte eine Diktatur auf ihrem Kontinent nicht akzeptieren und darf Belarus und die Menschen darin nicht vergessen. Es ist wichtig, über Belarus zu sprechen und Bescheid zu wissen, es ist wichtig, Menschen aus Belarus eine Bühne zu geben und ihnen zuzuhören.

WAS KANNST DU TUN?

- ◆ auf <https://www.amnesty.at> gehen und alle Petitionen zur Freilassung politischer Gefangener in Belarus unterschreiben
- ◆ an Gefangene in Belarus schreiben: <https://libereco.org/de/deutschland/projekte/politische-gefangene-in-belarus-unterstuetzen>
- ◆ dich in einem Amnesty Netzwerk engagieren und Veranstaltungen zu Belarus planen
- ◆ das Buch „Wenn du durch die Hölle gehst, dann geh weiter“, Zeugnisse inhaftierter Frauen in Belarus. Hg. Von Cordelia Dvorak, Edition, foto.TAPETA, Berlin 2023, lesen und weiterempfehlen

Nachtrag: Am 13. Dezember 2025 wurden nach einem Deal der USA mit Belarus mehr als 250 politische Gefangene freigelassen. Darunter waren auch Mariya Kalesnikava und Ales Bialiatski für die wir uns seit Jahren eingesetzt haben. Wir freuen uns über ihre Freilassung.

„Schreib die Menschenrechte in dein Herz, Papier ist viel zu geduldig.“

Sandra Innerwinkler

Schülerinnen und Schüler im Alter von neun bis neunzehn Jahren haben an einem Lyrikwettbewerb, vor mehr als 30 Jahren von Amnesty Kärnten organisiert, teilgenommen. Sie, liebe Leserin, lieber Leser, können in der aktuellen Ausgabe der Aktivistin die Gedanken der damaligen Preisträger*innen lesen.

„In der ganzen Welt gibt es kaum ein Land, aus dem nicht Menschenrechtsverletzungen berichtet werden. Bei unserer Arbeit sind wir daher auf Hilfe jeder Art, sei es durch ständige oder gelegentliche aktive Mitarbeit, sei es durch Spenden angewiesen. Menschenrechte sind nämlich nur so lange bedeutungsvoll, so lange sie uns etwas bedeuten.“ So die Herausgeber*innen im Vorwort.

Bleiben wir weiterhin gemeinsam dabei, die Utopie der Menschenrechte nicht aufzugeben. Wissen Sie, was mich persönlich an Amnesty besonders beeindruckt – unsere Zähigkeit, denn wir bleiben dran, an dieser Vision, dass die Würde des Menschen unantastbar ist, dass ein friedvolles Zusammenleben möglich wäre. Und sind wir dies nicht der heutigen Jugend schuldig?

Irene V. Planer, Gründungsmitglied der Frauenrechtsgruppe von Amnesty Österreich

**schlagen fragen schlagen fragen schlagen fragen
ich werde getrieben**

**schlagen fragen schlagen fragen schlagen fragen
kalter Boden in der Zelle**

**schlagen fragen schlagen fragen schlagen fragen
ich werde gefesselt**

**schlagen fragen schlagen fragen schlagen fragen
ich werde gestoßen**

**schlagen fragen schlagen fragen schlagen fragen
mir werden die Augen verbunden**

**schlagen fragen schlagen fragen schlagen fragen
ich will leben!**

Patrick Gursch

Kahler Boden

**Kahler Boden,
graue Wände.
In der Luft
ein kalter Hauch.
Grausamkeiten
bis zum Ende.
Und ein Du
in Todesangst.**

Susanne Brunner



*Quelle: Schreibe die Menschenrechte in dein Herz – Papier ist viel zu geduldig
Verlag Johannes Heyn
Klagenfurt 1994*

Wo?

**Wo warst Du,
als ich vollkommen allein war?
Wo warst Du,
als ich wegen meiner Sprache
mißachtet wurde?
Wo warst Du,
als ich gehaßt wurde,
weil ich aus einem anderen Land komme?
Wo warst Du,
als ich jemanden brauchte,
der mir Mut und Hoffnung macht?
Wo warst Du,
als all die anderen mich verprügelten,
weil ich meine Meinung sagte?**

**Wo warst Du,
liebes Menschenrecht?**

Angelika Lamprecht

Absender*in:

S.E. Präsident
Nayib Armando Bukele Ortez
Presidencia de la República de
El Salvador
Alameda Doctor Manuela Enrique
Araujo No. 5500 San Salvador
EL SALVADOR

Sehr geehrter Herr Präsident,

am 18. Mai 2025 wurde die bekannte Rechtsanwältin **Ruth Eleonora López** willkürlich verhaftet. Erst nach 15 Tagen erhob die Generalstaatsanwaltschaft Anklage gegen sie: Sie soll im Jahr 2016 als Beraterin der damaligen Regierung Geld veruntreut haben. Beweise dafür legte die Generalstaatsanwaltschaft nicht vor, auch nicht bei der gerichtlichen Anhörung, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Dennoch wurde sie für sechs Monate in Untersuchungshaft genommen und befindet sich jetzt ohne Kontakt zu Familie und ihrem Anwalt in Haft. Ruth López, Direktorin der Abteilung für Korruptionsbekämpfung und Justiz bei der Organisation Cristosal, ist seit vielen Jahren international für ihre Arbeit anerkannt und geschätzt. Ihre Inhaftierung steht im Zusammenhang mit der zunehmenden Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger*innen, die die Arbeit Ihrer Regierung kritisieren. Amnesty International hat insbesondere im Jahr 2025 zahlreiche Fälle von Kriminalisierung von zivilen Organisationen, Journalist*innen und Rechtsanwält*innen dokumentiert.

Deshalb fordern wir Sie dringend auf,

- **Ruth Eleonora López sofort und bedingungslos freizulassen**
- **Die Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger*innen, Rechtsanwält*innen und Journalist*innen durch Ihre Sicherheitskräfte sofort zu beenden**
- **Dafür zu sorgen, dass El Salvador zu Rechtsstaatlichkeit zurückkehrt und internationale Menschenrechtsverpflichtungen einhält.**

Mit freundlichen Grüßen

Absender`*in:

Minister Chen Yixin
Ministry of State Security
No. 14 East Chang'an Avenue
Dongcheng District
Beijing, 100006
VOLKSREPUBLIK CHINA

Dear Minister Chen,

I am writing to express my grave concern for young Chinese student **Zhang Yadi**, also known as Tara, who is reportedly being held at the Changsha State Security Bureau detention centre on charges of "inciting separatism". Her detention and the charges brought against her appear to stem from her peaceful volunteer activism.

My distress is heightened by concerns that the efforts by her family to arrange a lawyer have been unsuccessful. On 16 September, prominent human rights lawyer Jiang Tianyong traveled to Changsha to offer legal assistance in Zhang Yadi's case. He was taken away by local state security officers after meeting with Zhang Yadi's mother at a café, and later released. To date, all requests for Zhang Yadi to meet with a lawyer have been denied.

At just 22 years old, Zhang Yadi had planned to begin her Master's degree in Anthropology at SOAS University of London in September 2025. Instead, she is now being held incommunicado at a detention centre and faces serious risk of torture or other ill-treatment. I am deeply concerned for her safety and well-being.

I therefore call on you to release Zhang Yadi immediately and unconditionally. Pending her release, I urge you to ensure that Zhang Yadi's rights are fully protected, and in particular that she is not subject to torture or other ill-treatment and that she has regular, unrestricted access to her family and lawyers of her or their choosing. Furthermore, I call on you to cease harassing and threatening Zhang's family members, legal support and individuals who are supporting this case.

Sincerely,

Sehr geehrter Herr Minister,

ich möchte Sie auf den Fall der 22-jährigen Studentin Zhang Yadi, auch bekannt als Tara, aufmerksam machen. Sie wird Berichten zufolge in einer Hafteinrichtung der Staatssicherheit in Changsha festgehalten, da ihr „Anstiftung zum Separatismus“ vorgeworfen wird. Ihre Inhaftierung und die gegen sie erhobenen Vorwürfe scheinen auf ihr friedliches ehrenamtliches Engagement zurückzuführen zu sein.

Zhang Yadi war im August 2022 nach Frankreich gegangen, um dort zu studieren. Während ihres Auslandsaufenthalts beteiligte sie sich aktiv an öffentlichen Debatten über diverse Themen, die sowohl China als auch globale Anliegen betrafen, und engagierte sich ehrenamtlich in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen. Nachdem sie ihr Studium in Frankreich abgeschlossen hatte, kehrte sie nach China zurück und wurde kurz darauf in Gewahrsam genommen.

Die Behörden verweigern Zhang Yadi nach wie vor den Zugang zu einem Rechtsbeistand. Sie ist in großer Gefahr, gefoltert oder auf andere Weise misshandelt zu werden.

Ich bitte Sie hiermit, Zhang Yadi umgehend und bedingungslos freizulassen. Sorgen Sie bis zu ihrer Freilassung dafür, dass ihre Rechte geschützt werden. Hierzu gehört insbesondere, dass sie nicht gefoltert oder anderweitig misshandelt wird und dass sie regelmäßigen und uneingeschränkten Zugang zu ihrer Familie und einem Rechtsbeistand ihrer Wahl erhält.

Beenden Sie bitte die Drangsalierung und Bedrohung der Familienmitglieder von Zhang Yadi sowie jener Personen, die sie unterstützen und ihr rechtlichen Beistand leisten.

Mit freundlichen Grüßen

STUDENTIN NACH AUSLANDSSTUDIUM INHAFTIERT

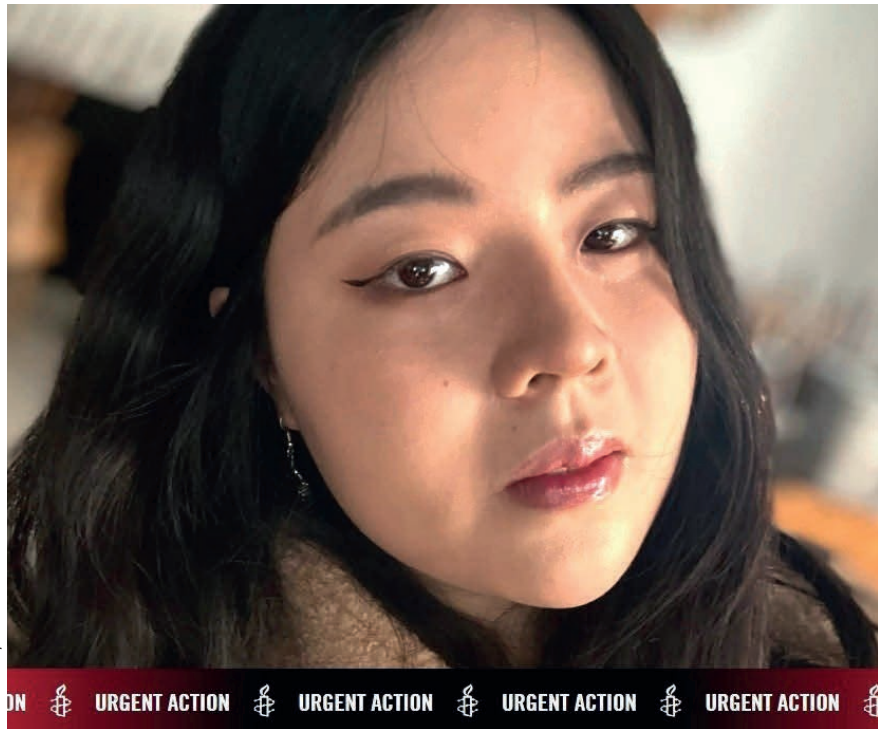
Zhang Yadi wurde von den chinesischen Behörden verhaftet – nur weil sie sich während ihres Studiums in Frankreich für Menschenrechte eingesetzt hatte. Ihr drohen fünf Jahre Haft.

Zhang Yadi, auch bekannt als Tara, ist erst 22 Jahre alt. Die Studentin wurde von den chinesischen Behörden verhaftet – nur weil sie sich während ihres Studiums in Frankreich für Menschenrechte eingesetzt hatte. Kurz nach ihrer Rückkehr nach China wurde sie inhaftiert und wegen „Anstiftung zum Separatismus“ angeklagt. Tara ist in China aufgewachsen und hatte im Sommer 2025 ihr Studium in Frankreich abgeschlossen. An der Uni engagierte sich die 22-Jährige in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen und beteiligte sich an öffentlichen Debatten.

„ANSTIFTUNG ZUM SEPARATISMUS“. Doch kurz nach ihrer Rückkehr nach China wurde Tara festgenommen. Ihr friedliches ehrenamtliches Engagement werteten die chinesischen Behörden als „Anstiftung zum Separatismus“. Bei einer Verurteilung drohen Tara bis zu fünf Jahre Gefängnis. Wenn sie als „Anführerin“ betrachtet wird oder die ihr zur Last gelegte Tat als schwerwiegend eingestuft wird, können es sogar noch mehr sein. Alle Bemühungen ihrer Familie, einen Rechtsbeistand zu organisieren, blieben erfolglos.

Am 16. September 2025 reiste der bekannte Menschenrechtsanwalt Jiang Tianyong nach Changsha, um Zhang Yadi rechtlichen Beistand anzubieten. Er traf sich mit der Mutter von Zhang Yadi in einem Café und wurde daraufhin von Angehörigen der Staatssicherheit abgeführt. Später kam er wieder frei. Die Behörden verweigern Zhang Yadi nach wie vor den Zugang zu einem Rechtsbeistand.

GEZIELTES VORGEHEN. Taras Geschichte ist kein Einzelfall. Sie fügt sich in ein Muster ein, in dem die chinesischen Behörden gezielt



© privat

gegen Menschen vorgehen, die sich in China oder im Ausland für Menschenrechte einsetzen. Student*innen leben unter ständiger Angst und Beobachtung. Die Behörden versuchen, junge Menschen davon abzuhalten, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen. Ziel dieser transnationalen Repression ist es, Selbstzensur zu erzwingen und Kontrolle auszuüben.

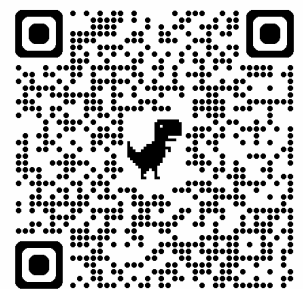
Amnesty International hat in einem 2024 veröffentlichten Bericht zahlreiche Fälle dokumentiert, in denen die Behörden junge chinesische Aktivist*innen im Ausland und ihre Familien systematisch schikanierten und drangsalierten.

Eigentlich wollte Tara im Herbst 2025 ihren Master in Anthropologie an der SOAS University of London beginnen. Stattdessen sitzt sie im Gefängnis. Allein, ohne Kontakt zu ihrer Familie oder Rechtsbeistand.

Menschenrechte zu verteidigen, ist kein Verbrechen! Die chinesischen Behörden müssen Tara sofort freilassen.

PETITION!

Bitte schicke den Appellbrief möglichst bald ab oder unterschreibe online.



DAMIT MENSCHENRECHTE NICHT IM DUNKELN VERSCHWINDEN



© Masha / APA



**SPENDEN SIE JETZT
FÜR MENSCHENRECHTE
IM IRAN UND WELTWEIT.**

amnesty.at/iran-spenden



IMPRESSUM. Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin: Eigenverlag Amnesty International Österreich, Netzwerk Frauenrechte, 1160 Wien, Lerchenfelder Gürtel 43
Redaktion & Gestaltung: Theresia Kandler / Gedruckt auf Recyclingpapier
Vereinsregister ZVR: 407408993
Offenlegung: gem § 25 MedienG www.amnesty.at/impressum
Amnesty Info – Netzwerk Frauenrechte, März 2026
Gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung von Amnesty International wiedergeben /
Fotos und Beiträge, wenn nicht gekennzeichnet: Amnesty International
Wenn du die AKTIV.IST.IN in Zukunft nicht mehr zugesendet bekommen willst, kannst du sie
jederzeit durch ein E-Mail an aktiv.ist.in@amnesty.at oder per Post an Amnesty International,
Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, 1160 Wien abbestellen.

Österreichische Post AG, MZ 02Z 031 256M